



Institut für  
Wirtschaftsforschung  
Halle

*Ulrich Blum*

Editorial

*Cornelia Lang*

Aktuelle Trends:

Tarifbindung im Verarbeitenden Gewerbe

Ostdeutschlands:

Keine weitere Tarifflicht 2006

*Arbeitskreis Konjunktur*

Deutsche Wirtschaft 2007: Aufschwung

mit Januskopf – das andere Gesicht

*Andrea Gauselmann,*

*Ingo Wiekert, Susanne Winge*

Verdrängt und vergessen?

Geringqualifizierte auf dem Arbeitsmarkt

*Joachim Ragnitz, Helmut Seitz*

Ein Benchmark-Ansatz zur Analyse der  
öffentlichen Finanzen in Sachsen-Anhalt

*Brigitte Loose*

IWH-Bauumfrage im Dezember 2006

**Wirtschaft im Wandel**

**1/2007**

24.01.2007, 13. Jahrgang



## Editorial

„Prognose ersetzt den Zufall durch den Irrtum!“ Ist dieser ketzerische Ausspruch angesichts des systematischen Unterschätzens des Wirtschaftswachstums des Jahres 2006 gerechtfertigt? Auch solche Forschungseinrichtungen, die mit großem Aufwand das Wirtschaftsgeschehen originär verfolgen und Prognosen in großer fachlicher Breite, also nicht nur auf das Bruttoinlandsprodukt beschränkt abgeben, lagen daneben. Soll man künftig darauf verzichten?

Nicht umsonst sprechen die Institute statt von „Prognose“ lieber von „Jahresgutachten“, „Vorschau“ oder „Gemeinschaftsdiagnosen“ – letzteres für den seitens der sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in halbjährigem Rhythmus vorgelegten Bericht. In diesem wird in Breite und Tiefe das nationale und internationale Wirtschaftsgeschehen untersucht, es werden Interdependenzen und deren Veränderungen analysiert, detaillierte Datenwerke aufbereitet sowie ordnungsökonomische Debatten geführt. Die Prognosen sind dann nur ein Teilaspekt, aber sicher einer, der die interessierte Öffentlichkeit elektrisiert.

Damit leisten die Forscher einen wichtigen Beitrag zum Erkenntnisgewinn über wirtschaftliche Zusammenhänge und beantworten Fragen wie: Warum springt ein außenwirtschaftlicher Impuls immer schwächer auf die Binnenwirtschaft über – und erklärt dies die Tatsache, daß der Exportweltmeister Deutschland auch heute noch binnenwirtschaftlich unbefriedigende Entwicklungen zeitigt? Wie empfindlich reagiert die Wirtschaft auf drastische Energiepreisveränderungen – und welche Folgen hat dies für die Energiepolitik? Welchen Anteil hat die Globalisierung an unseren Sozialproblemen – und welche Aufgaben kann der Nationalstaat noch schultern? Nach welchen Regeln sollte eine Zentralbank ihre Geldpolitik steuern – und was folgt daraus für die Wettbewerbsfähigkeit des Euroraums? Schließlich: Wie ist die wirtschaftspolitische Leistung der Regierenden aus ordnungsökonomischer Sicht zu beurteilen?

Ohne derartiges Strukturwissen sind auf mittlere bis längere Sicht angelegte Analysen des Wirtschaftsgeschehens und damit wirtschaftspolitische Empfehlungen nicht möglich. Die Relevanz der von den Forschungsinstituten und auch vom Sachverständigenrat erarbeiteten Konjunkturberichte zeigt sich auch in ihrer sehr breiten Weiterverwendung als Grundlage für die Einschätzung der Wirtschaftslage und für die Erstellung eigener Prognosen durch zahlreiche private und halbprivate Einrichtungen. Ohne den umfassenden theoretischen und empirischen Unterbau sind Prognosen nicht denkbar. Es ist also wie bei einem Eisberg: die unsichtbare Substanz ist entscheidend.

*Ulrich Blum  
Präsident des IWH*

## Aktuelle Trends

### Tarifbindung im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands: Keine weitere Tariffahrt 2006

Abbildung 1:  
Tarifbindung ostdeutscher Industrieunternehm-  
men im Zeitvergleich<sup>a</sup>  
- in % der Unternehmen -

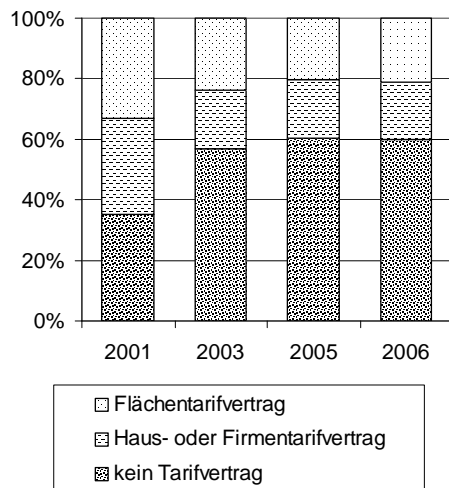
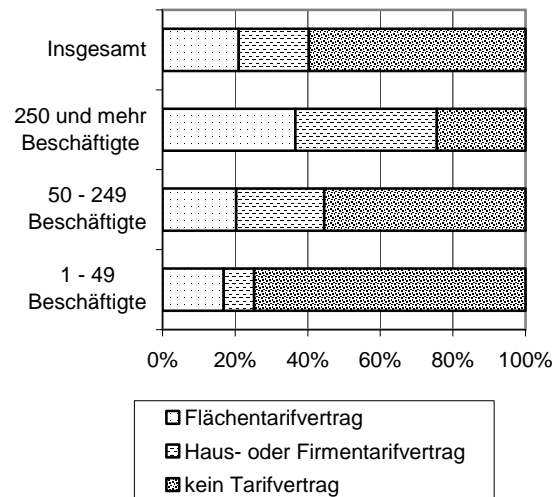


Abbildung 2:  
Tarifbindung ostdeutscher Industrieunternehmen  
2006 nach Größengruppen  
- in % der jeweiligen Unternehmensgruppe -



<sup>a</sup> Fälle 2001: n = 337; 2003: n = 300; 2005: n = 265; 2006: n = 300

Quellen: IWH-Industrienumfragen im November 2001, November 2003, November 2005 und November 2006.

Im Jahr 2001 hatte ein Drittel der ostdeutschen Industrieunternehmen laut IWH-Umfrage einen Flächentarifvertrag, knapp ein Drittel einen Haus- oder Firmentarifvertrag und reichlich ein Drittel keinen Tarifvertrag. Diese Anteile haben sich in den Folgejahren in Richtung einer Tariffahrt verschoben, allerdings ist diese Entwicklung am aktuellen Rand zum Stillstand gekommen. Nunmehr liegt der Anteil der tariflosen Firmen bei 60% (vgl. Abbildung 1). Differenziert nach Betriebsgröße ergibt sich folgendes Bild: Am häufigsten gelten Flächentarifverträge in größeren Unternehmen, die 250 und mehr Mitarbeiter beschäftigen. In kleinen Unternehmen mit bis zu 49 Beschäftigten gehören hingegen drei von vier Unternehmen keiner Tarifgemeinschaft an (vgl. Abbildung 2).

Eine Längsschnittbetrachtung zeigt, daß es in der ostdeutschen Industrie aber nicht nur eine Tariffahrt gegeben hat, sondern auch Wechsel hin zu Tarifbindungen, wenn auch in bescheidenerem Umfang. So verfügen von den Unternehmen, die 2001 keinen Tarifvertrag hatten, nunmehr 17% über einen Haus- oder Firmentarifvertrag und 8% über einen Flächentarifvertrag. Der 2001 noch vorhandene Haus- oder Firmentarifvertrag hingegen wurde von drei Viertel der betreffenden Unternehmen inzwischen abgeschafft. Nur 4% aus dieser Gruppe wechselten zu einem Flächentarifvertrag. Bei 68% der Unternehmen, die 2001 angaben, eine Flächentarifvertrag zu haben, besteht dieser auch im November 2006, 19% haben nunmehr einen Haustarifvertrag, 13% gehören keiner Tarifgemeinschaft mehr an.

Die fehlende Tarifbindung des Unternehmens bedeutet nicht automatisch untertarifliche Entlohnung, wie die Umfragedaten auch zeigen. So bezahlen rund 40% der ungebundenen Unternehmen ihre Arbeiter und Angestellten dennoch nach Tarif, weitere 5% übertariflich. Umgekehrt wird jeder zehnte Arbeiternehmer in einer Firma mit Flächentarifvertrag untertariflich entlohnt.

Cornelia Lang  
Cornelia.Lang@iwh-halle.de

# Deutsche Wirtschaft 2007: Aufschwung mit Januskopf – das andere Gesicht\*

## – Kurzfassung –

*Die Stärke des Aufschwungs der deutschen Wirtschaft hat die anfänglichen Erwartungen deutlich übertroffen. Das gilt für den Export, in besonderem Maße allerdings für die Investitionen der Unternehmen. Die von der Wirtschaftspolitik ausgelösten Sonderentwicklungen haben vor allem der Industrie sowie nach sechs Jahren Rückgang erstmalig der Bauwirtschaft kräftige Nachfrageimpulse gegeben. Auch die Konsumenten wurden zu zusätzlichen Anschaffungen angeregt. Allerdings fand die politikinduzierte Konsumnachfrage der privaten Haushalte, Achillesferse der Konjunktur seit Jahren, wenig Rückhalt in den laufenden Erwerbseinkommen. So wurde weniger als zuvor gespart.*

*An der Schnittstelle zwischen Beschäftigung und Einkommen liegt bisher der Schwachpunkt des Aufschwungs. Der sichtliche Beschäftigungszuwachs nach der bereits 2005 vollzogenen Wende am Arbeitsmarkt äußert sich bislang wenig in einer höheren Lohn- und Gehaltssumme. Das liegt zum Teil daran, daß für die Aufstockung der Beschäftigung, auch der sozialversicherungspflichtigen, nicht ausschließlich konjunkturelle Gründe und die Lohnzurückhaltung verantwortlich sind, sondern zu einem nicht geringen Teil Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik.*

*Der export- und investitionsgetragene Aufschwung der deutschen Wirtschaft wird sich im Jahr 2007 fortsetzen, wenngleich das Wachstumstempo – zumindest vorübergehend – deutlich nachlassen wird. Die Konsumzurückhaltung, die in den ersten Monaten des Jahres aus dem Kaufkraftentzug durch die restriktive Finanzpolitik folgen wird, dürfte den Anstieg von Produktion und Beschäftigung bremsen. Hinzu kommt die Nachfragerücke, die von den in das Jahr 2006 vorgezogenen Käufen aufgerissen wird. So ist mit einem Rückgang der Konsumausgaben der privaten Haushalte zu rechnen. Er dürfte kurzfristig auch auf die Inlandsnachfrage insgesamt durchschlagen, da ein Ausgleich durch die weiterhin kräftige Investitionskonjunktur schon aufgrund des geringen Gewichts der Unternehmensinvestitionen in der Inlandsnachfrage unwahrscheinlich ist. So hängt der weitere Verlauf der Konjunktur nicht unerheblich von der Weltwirtschaft ab.*

*Das hohe Expansionstempo der Weltwirtschaft aus dem Jahr 2006 kann im Jahr 2007 nicht ganz*

*gehalten werden. Besonders der Abschwung in den USA wirkt dämpfend. Konjunkturrisiken und die Erwartung von Leitzinssenkungen haben zudem jüngst den Dollar abwerten lassen. Die damit einhergehende Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit von US-Produkten hilft zwar, das weitere Anwachsen des enormen Leistungsbilanzdefizits des Landes zu begrenzen. Damit erhöht sich das auf mittlere Sicht größte Risiko für die Weltwirtschaft nicht weiter. Kurzfristig fehlen jedoch die von der US-Wirtschaft ausgehenden Nachfrageimpulse. Im Euroraum und in Japan wird sich der Aufschwung fortsetzen, wenn auch deutlich verlangsamt. So schwenkt die bislang sehr kräftige weltwirtschaftliche Expansion auf einen Pfad ein, der bei weltweit recht gut ausgeschöpften Produktionskapazitäten nahe am langfristigen Trend liegt. Die deutsche Wirtschaft wird daher weniger Impulse aus dem Ausland erhalten, und der Exportanstieg dürfte sich verlangsamen. Weil zugleich die Importe noch langsamer zunehmen werden, wird die Außenwirtschaft die gesamtwirtschaftliche Aktivität kräftig befördern.*

*Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2007 um 1,4% steigen. Dabei trägt der Schwung der Konjunktur aus dem Vorjahr bis in das neue Jahr hinein. Reichlich ein Prozentpunkt des Zuwachses wird aus dem bis zuletzt kräftigen Anstieg im Jahr 2006 „mitgenommen“. Der Beschäftigungsanstieg setzt sich abgeschwächt fort, die registrierte Arbeitslosigkeit sinkt auf 4,36 Millionen Personen im Jahresdurchschnitt.*

*Auch die ostdeutsche Wirtschaft muß sich 2007 auf nachlassende Impulse einstellen. Sie bekommt den Nachfrageausfall beim Konsum nicht nur direkt, sondern vor allem auch indirekt über die engen Vorleistungsverflechtungen mit westdeutschen Produzenten zu spüren. Bei einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von nur 1% dürfte die Beschäftigung sogar wieder sinken.*

*Im Jahr 2007 ist es in Deutschland vor allem die Finanzpolitik, die durch die kräftige Erhöhung der Umsatzsteuer zu einer Abkühlung des Aufschwungs beitragen wird. Aber auch die Geldpolitik wird nach der jüngsten und der noch zu erwartenden Zinsanhebung durch die europäische Zentralbank nicht mehr expansiv wirken, auch wenn die monetären Rahmenbedingungen per saldo günstig bleiben. Während die Aufwertung des Euro die Exporte in den Dollar-Raum etwas beeinträchtigen dürfte, erleichtern gestiegene Aktienkurse und niedrige Kapi-*

---

\* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 43/2006 am 21. Dezember 2006 veröffentlicht.

talmarktzinsen weiter die Finanzierung der Unternehmensaktivitäten.

Tabelle:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2006 und 2007

	2005	2006	2007
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	0,1	1,0	0,3
Staatskonsum	0,6	1,0	0,8
Anlageinvestitionen	0,8	5,1	2,7
Ausrüstungen	6,1	8,0	5,0
Bauten	-3,6	2,9	0,7
Sonstige Anlagen	4,7	4,9	3,5
Inländische Verwendung	0,5	1,9	0,5
Exporte	6,9	11,2	7,1
Importe	6,5	11,0	5,5
Bruttoinlandsprodukt	0,9	2,5	1,4
dar.: Ostdeutschland*	-0,1	2,0	1,0
Nachrichtlich: USA	3,2	3,3	2,4
Euroraum	1,4	2,7	2,2
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Arbeitsvolumen, geleistet	-0,4	0,5	0,2
Tariflöhne je Stunde	1,0	1,1	1,8
Effektivlöhne je Stunde	0,7	0,3	1,3
Lohnstückkosten <sup>a</sup>	-1,0	-1,6	-0,5
Verbraucherpreisindex	2,0	1,7	2,2
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) <sup>b</sup>	38 823	39 054	39 203
Westdeutschland**	33 224	33 444	33 628
Ostdeutschland*	5 599	5 610	5 575
Arbeitslose <sup>c</sup>	4 861	4 515	4 362
Westdeutschland**	3 566	3 320	3 192
Ostdeutschland*	1 295	1 195	1 170
	<i>in % zum nominalen BIP</i>		
Arbeitslosenquote <sup>d</sup>	11,1	10,4	10,0
Westdeutschland**	9,7	9,0	8,7
Ostdeutschland*	18,8	17,6	17,3
Finanzierungssaldo des Staates	-3,2	-2,1	-1,2

<sup>a</sup> Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – <sup>b</sup> Einschließlich der beförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – <sup>c</sup> Nationale Definition. Einschließlich aller Arbeitslosen in den optierenden Gemeinden. – <sup>d</sup> Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – \* Ohne Berlin. – \*\* Mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat, Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH (Stand: 15.12.2006).

*Für die Lohnpolitik wäre es trotz der Konsumschwäche des Aufschwungs verfehlt, den bisherigen Kurs aufzugeben. Die Lohnzurückhaltung hat zu-*

letzt die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze begünstigt. Allerdings ist der Verteilungsspielraum größer geworden, auch weil der Anstieg der Arbeitsproduktivität nicht auf Entlassungen zurückzuführen ist, sondern sogar mit Beschäftigungsaufbau einherging. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt sind deshalb in der neuen Tarifrunde etwa 2% mehr Lohn je Beschäftigtenstunde angemessen. Aus den Tarifverhandlungen sollte allerdings der Preisanstieg infolge der Mehrwertsteueranhebung ausgeklammert werden, da er keine Ausweitung des Verteilungsspielraums anzeigt, sondern eine Umverteilung des Produktivitätszuwachses von den Privaten hin zur öffentlichen Hand. Einmalige Zusatzzahlungen in Abhängigkeit von der Ertragslage der Unternehmen sollten die dauerhaften Tarifsteigerungen ergänzen. Die Tarifabschlüsse sollten auch die differenzierten Knappheitsrelation bei den Fachkräften in Rechnung stellen.

Die Finanzpolitik kann zwar 2007 von einem weiteren Abbau des Haushaltsdefizits ausgehen, der gute Zweck heiligt jedoch nicht die Mittel: Steuererhöhungen bleiben der falsche Weg. Die Sanierung über Ausgabenkürzungen wäre der bessere Ansatz gewesen. Trotzdem bleibt es bei einem Defizit. Die Anstrengungen zur Konsolidierung sollten deshalb nicht nachlassen und neue Ausgaben vermieden werden. Insbesondere sollte die Belastung des Faktors Arbeit durch die Beiträge zu den sozialen Sicherungssystemen gesenkt werden. Das schließt eine Gesundheitsreform ein, welche die Effizienz des Systems erhöht und den Ausweg aus dem Finanzierungsdilemma nicht in bloßen Beitragsanhebungen sucht.

Die Gefahren für die Preisniveaustabilität haben sich nach den jüngsten Zinsanhebungen der Europäischen Zentralbank zwar verringert. Allerdings ist die Liquiditätsausstattung im Euroraum immer noch sehr großzügig. Zudem dürften die Lohnabschlüsse angesichts des kräftigen konjunkturellen Aufschwungs stärker als bislang erwartet ausfallen. Bedeutsam ist in dieser Situation die Fähigkeit der Zentralbank, die Stabilität der Inflationserwartungen im Euroraum auf dem bisherigen Niveau zu halten. Das kann nur gelingen, wenn die geldpolitische Strategie der EZB weiter transparent ist und die Unabhängigkeit von der Politik gewahrt bleibt. Der Refinanzierungssatz sollte etwa auf dem konjunkturalneutralen Niveau zwischen 3,5 und 3,75% bleiben.

Arbeitskreis Konjunktur (Seite 7)

## Verdrängt und vergessen? Geringqualifizierte auf dem Arbeitsmarkt

### – Kurzfassung –

*Der vorliegende Beitrag soll die aktuelle wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Debatte ergänzen durch den Blick auf einen bisher wenig beachteten Aspekt zur Verbesserung von Beschäftigungschancen – den der nicht formellen Qualifikationsmerkmale, also z. B. Berufserfahrung und personenbezogene Fähigkeiten und Kenntnisse. Betrachtet wird die Gruppe der Un- und Geringqualifizierten, da deren Lage am Arbeitsmarkt besonders prekär ist. Die Arbeitslosigkeit in dieser Gruppe ist seit Jahren hoch, und ihre Beschäftigungschancen sind schlecht. Als theoretischer Erklärungsansatz für die Stellung der Un- und Geringqualifizierten am Arbeitsmarkt wird das sozioökonomische Vacancy-Competition-Modell von Sørensen herangezogen. Vor dem Hintergrund dieses Modells läßt sich die Situation der Un- und Geringqualifizierten am Arbeitsmarkt dadurch erklären, daß sie einem härteren Wettbewerb um*

*Arbeitsplätze ausgesetzt sind und daß bei einem Überangebot an qualifizierten Arbeitskräften ein Verdrängungsmechanismus zu ihren Ungunsten entstehen kann. Eine Verbesserung der Beschäftigungschancen Un- und Geringqualifizierter ergibt sich vor allem dadurch, daß aufgrund des Bedeutungsverlustes des Normalarbeitsverhältnisses auch die formale Ausbildung an Bedeutung verliert – aus Qualifikationsprofilen werden zunehmend Berufsprofile. Mit dieser Erweiterung des Anforderungsprofils ist der Möglichkeitsspielraum bei der Personalrekrutierung auch im unteren Qualifikationssegment erweitert worden. Soft skills wie Berufserfahrung, Beschäftigungsfähigkeit und soziale Fähigkeiten werden immer wichtigere Auswahlkriterien auf dem Arbeitsmarkt.*

Andrea Gauselmann,  
Ingo Wiekert, Susanne Winge (Seite 28)

## Ein Benchmark-Ansatz zur Analyse der öffentlichen Finanzen in Sachsen-Anhalt

### – Kurzfassung –

*Alle ostdeutschen Länder stehen angesichts rückläufiger Transferleistungen aus dem Solidarpakt II und teilweise massiver Ausgabenüberhänge in den laufenden Haushalten vor enormen Konsolidierungszwängen. Vor diesem Hintergrund wird in diesem Beitrag eine Analyse der Ausgabenstrukturen in Sachsen-Anhalt vorgenommen, um zu zeigen, in welchen Bereichen Ausgabenüberhänge gegenüber den finanzschwachen West-Flächenländern bestehen, die im Sinne eines Benchmark-Ansatzes „natürliche“ Kandidaten für Ausgabenkürzungen darstellen.*

*Ausgehend von den verschiedenen Ausgabenarten sind Mehrausgaben insbesondere im Personalbereich festzustellen; dies korrespondiert mit hohen Personalüberhängen auf der Landes- und der Gemeindeebene. Differenziert man die Ausgaben nach Aufgabenbereichen und berücksichtigt dabei spezifische Bedarfsfaktoren, so ergibt sich auf der Landesebene allein in den politisch steuerbaren Bereichen ein Ausgabenüberhang von ca.*

*730 Mio. Euro in der laufenden Rechnung. Besonders hohe Einsparpotentiale sind dabei im Bereich der Schulen (mit ca. 360 Mio. Euro), in der Ministerialbürokratie (mit ca. 100 Mio. Euro), im Kita-Bereich (ca. 65 Mio. Euro) und im Kulturbereich (ca. 55 Mio. Euro) feststellbar. Weitere ca. 1 Mrd. Euro an Mehrausgaben fallen in Bereichen an, die politisch nicht oder nur in der langen Frist zu beeinflussen sind (insbesondere Zinsen und Zuweisungen an die Kommunen).*

*Aus der Analyse folgt, daß die laufenden Primärausgaben (Ausgaben ohne Zinszahlungen) auf der Landesebene bis zum Jahr 2010 um ca. 8,5% und bis zum Jahr 2020 um weitere 15,8% reduziert werden müssen. In welchen Aufgabenbereichen diese Kürzungen tatsächlich erfolgen, muß allerdings von politischer Seite entschieden werden*

Joachim Ragnitz,  
Helmut Seitz (Seite 33)

# Deutsche Wirtschaft 2007: Aufschwung mit Januskopf – das andere Gesicht\*

## Internationale Konjunktur

### *Weltwirtschaft 2007: Chancen auf eine Begrenzung der Ungleichgewichte*

In der zweiten Jahreshälfte 2006 hat die Konjunktur in den Industrieländern an Fahrt verloren. In den USA expandiert die Wirtschaft deutlich langsamer als im langjährigen Trend, die wirtschaftliche Dynamik in Japan hat sich etwas abgeschwächt, und der für hiesige Verhältnisse kräftige Aufschwung im Euroraum hat sich zuletzt etwas verlangsamt. Das Tempo des Produktionszuwachses hat sich in den drei Wirtschaftsräumen in etwa angeglichen. Der Welthandel legte weiter mit hohen Raten zu, nicht zuletzt weil die hohe Wachstumsdynamik in den Schwellenländern anhielt.

Das weltweite Preisklima ist am Jahresende weiterhin ruhig. Dazu trägt bei, daß die Energiepreise nach dem Hoch im Sommer wieder gesunken sind und die Preise für Industrierohstoffe seit dem Sommer stagnieren. Die Löhne steigen im Euroraum weiterhin nur moderat. Gleiches gilt für Japan, wo die Deflation nach wie vor nicht endgültig überwunden ist. Dennoch signalisieren sowohl die EZB als auch die Bank von Japan ihre Absicht, die voraussichtlich noch günstige Konjunktur im nächsten Jahr dazu zu nutzen, den Expansionsgrad ihrer Geldpolitik weiter zu verringern. Im Euroraum wird der Leitzins im Lauf des Jahres 2007 in etwa sein konjunktur-neutrales Niveau erreichen, während die geldpolitischen Rahmenbedingungen in Japan auch 2007 noch anregend wirken.

Anders ist die Lage in den USA: Dort liegt die Kerninflationsrate<sup>1</sup> seit dem Sommer über 2½% und damit nach den Worten des Zentralbankpräsidenten „ungemütlich hoch“. Dennoch hat es die deutliche Verlangsamung der US-Konjunktur in den letzten Monaten des Jahres wahrscheinlich gemacht, daß die Zentralbank nächstes Jahr den Leitzins etwas senken wird. Konjunkturrisiken und Zinssenkungserwartungen haben seit November den Dollar abwerten lassen. Er notiert Mitte De-

zember gegenüber dem Euro knapp 10% schwächer als zu Beginn des Jahres.

Freilich wurden die Kapitalmärkte weltweit im Herbst von der konjunkturellen Eintrübung in den USA nicht mehr überrascht. Das zeigt der Kursrückgang der langfristigen US-Renditen seit dem Sommer. Zwar waren die Aktienkurse im gleichen Zeitraum und bis in den November hinein stark gestiegen; weltweit eher gedrückte Kurs-Gewinn-Verhältnisse lassen aber erkennen, daß nicht mit einer Fortsetzung der im Schnitt sehr günstigen Gewinnentwicklung gerechnet wird. Auffällig niedrig blieben die Renditedifferenzen zwischen risikobehafteten Titeln (etwa von Unternehmen von nicht erstklassiger Bonität) und denen mit hoher Sicherheit wie Staatspapieren. Offensichtlich vertrauen die Finanzmärkte darauf, daß die modernen Finanzmarktinstrumente die Anleger auch in konjunkturell etwas ungünstigeren Zeiten von den ärgsten Risiken abschirmen werden.

Der Abschwung in den USA wird die weltwirtschaftliche Expansion im Jahr 2007 dämpfen. Die Entwicklung hat aber auch ihr Gutes, denn das weitere Anwachsen des gewaltigen US-Leistungsbilanzdefizits, eines der Hauptrisiken der Weltwirtschaft, kann letztlich nur über eine langsamere Expansion der Güternachfrage in den USA begrenzt werden. Die Dollarschwäche erfüllt bei dem jetzt in Gang gekommenen Prozeß eine wichtige Funktion: Sinkt der Anteil von Importen am Verbrauch in den USA, so muß die Lücke durch eine Ausweitung der heimischen Produktion handelbarer Güter geschlossen werden. Die Dollarabwertung und die mit ihr einhergehende Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit von Produkten aus den USA gibt die richtigen Anreize für eine solche Umstrukturierung der US-Wirtschaft.

Im Euroraum und wohl auch in Japan wird sich der Aufschwung im Jahr 2007 fortsetzen, wenn auch deutlich verlangsamt. Alles in allem schwenkt die weltwirtschaftliche Expansion nach dem kräftigen Aufschwung der letzten Jahre auf einen Pfad ein, der bei weltweit recht gut ausgeschöpften Produktionskapazitäten nahe am langfristigen Trend liegt; einem Trend, der aufgrund der dynamischen Wachstumsprozesse in den Schwellenländern wohl steiler ist als in den vergangenen Jahrzehnten.

\* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 43/2006 am 21. Dezember 2006 veröffentlicht.

<sup>1</sup> Die Kernrate der Inflation entspricht dem Anstieg der Verbraucherpreise ohne die Preise für Energie und unverarbeitete Lebensmittel.

Die jüngsten Wechselkursbewegungen machen die Währungspolitik Chinas zu einem Risikofaktor für die Weltkonjunktur. Bleibt der Renminbi von der Aufwertungsrunde gegenüber dem Dollar ausgenommen, werden einige Regionen wie Großbritannien und der Euroraum eine fühlbare Verschlechterung ihrer Wettbewerbsfähigkeit verkraften müssen. Immerhin scheint die chinesische Wirtschaftspolitik die Anhäufung von niedrig verzinsten Währungsreserven aus dem hohen Leistungsbilanzüberschuß als Problem zu erkennen. Jedenfalls hat China seit dem Sommer eine etwas raschere Aufwertung gegenüber dem Dollar zugelassen, nämlich um etwa zwei Prozent in den vergangenen fünf Monaten. Im Jahr 2007 würde eine nochmalige Beschleunigung des Aufwertungsprozesses der Weltkonjunktur weiterhelfen.

### **US-Konjunktur am Scheideweg**

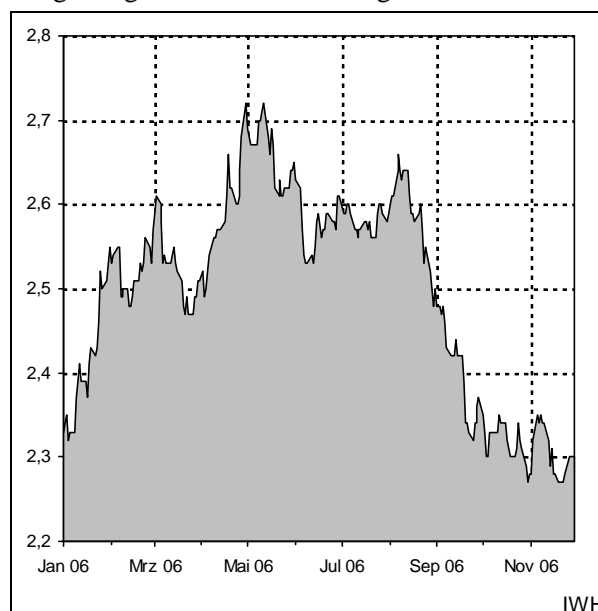
Die wirtschaftliche Dynamik in den USA hat im Laufe des Jahres 2006 deutlich an Schwung verloren. Vor allem vom privaten Wohnungsbau, der im Zuge der im Frühjahr deutlich gestiegenen Hypothekenzinsen teilweise mit zweistelligen Raten fiel, erhielt die Konjunktur kräftigen Gegenwind. Allerdings blieb ein in diesem Zusammenhang befürchteter Einbruch der Konsumausgaben aus, auch wenn sie merklich stiegen; der private Konsum expandierte mit Zuwachsraten von rund 2¾% aber stärker als die Gesamtwirtschaft. Vor allem die günstige Entwicklung der Einkommen und die weiterhin negative Sparquote stützten den privaten Verbrauch. Die Unternehmensinvestitionen gaben ein uneinheitliches Bild ab. Während die Ausgaben für Ausrüstungsgüter und Software an Dynamik verloren, war der gewerbliche Bau eine der Hauptstützen der Konjunktur – er expandierte bis zuletzt mit hohen zweistelligen Raten. Aber auch der Außenhandel konnte – für die USA an sich ungewöhnlich – zeitweise positiv zum Wachstum beitragen.

Im Zuge der merklichen Verlangsamung der wirtschaftlichen Aktivität hat die Notenbank der USA im August ihre Politik der stetigen Zinserhöhungen beendet. Die Zielrate für Tagesgeld liegt nunmehr bei 5,25%. Während sich im späten Sommer aufgrund der Sorgen über anhaltend hohen Preisdruck noch die Meinung an den Finanzmärkten hielt, daß die Zentralbank im Herbst erneut die Zinsen anheben würde, so materialisierten

sich diese Ängste nicht; der inflationäre Druck nahm im Herbst dieses Jahres wieder ab. In Folge dessen gingen vor allem die langfristigen Zinsen wieder merklich zurück.

Angesichts der gesunkenen Inflationserwartungen und der generell geringeren konjunkturellen Dynamik ist damit zu rechnen, daß die Notenbank im Frühjahr erstmals seit Juni 2003 wieder die Zielrate für die Federal Funds Rate senken wird. Insgesamt wird sie wohl bis zum Sommer zwei Zinsschritte von jeweils 25 Basispunkten vornehmen. Insgesamt wird die Geldpolitik damit im Prognosezeitraum wieder leicht expansiv wirken.

Abbildung 1:  
Langfristige Inflationserwartungen<sup>a</sup> in den USA



<sup>a</sup> Inflationserwartungen gemessen an der Differenz aus zehnjährigen Treasury Bonds und zehnjährigen TIPS (Treasury inflation protected securities).

Quellen: Board of Governors of the Federal Reserve System; Berechnungen des IWH.

Das Haushaltsdefizit im Jahr 2006 ist überraschend niedrig ausgefallen. Obwohl die Ausgaben kräftig ausgeweitet wurden, fiel die Defizitquote von rund 2,6% im Jahr 2005 auf 1,9% 2006, denn die Einnahmen aus der Körperschaft- und der Einkommensteuer stiegen deutlich, weil sich die Unternehmensgewinne unerwartet kräftig entwickelten. Für das kommende Jahr plant die Regierung, die Ausweitung der Ausgaben auf 4% zu begrenzen. Für sich genommen würde dies einen negativen Impuls für die Konjunktur bedeuten. Es ist jedoch fraglich, in welchem Umfang die Pläne der Regierung umgesetzt werden können, weil vor al-



lem die Ausgaben für das Gesundheitssystem wohl höher ausfallen werden als veranschlagt. Weil außerdem die Einnahmen konjunkturell bedingt schwächer zunehmen, wird das Bundesstaatliche Defizit im kommenden Jahr wieder leicht steigen. Der Fehlbetrag im Bundeshaushalt wird im Jahr 2007 bei rund 2¼% des nominalen Bruttoinlandsprodukts liegen. Alles in allem wird die Finanzpolitik im Prognosezeitraum in etwa neutral wirken.

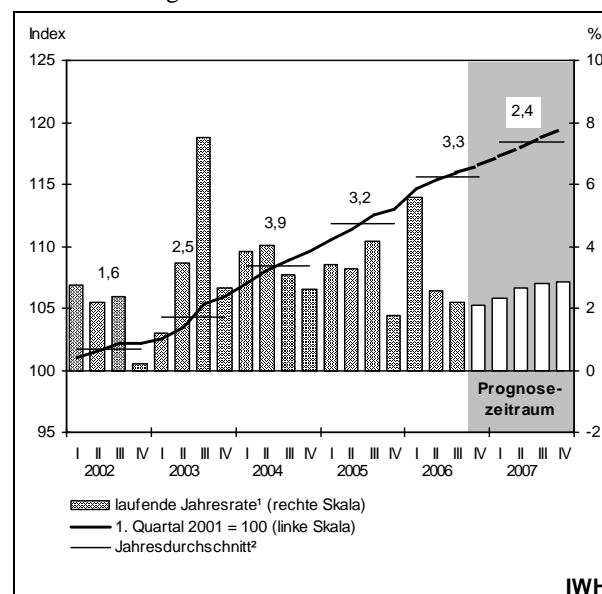
Es ist die Frage, ob es sich bei der aktuellen Situation um die erste Phase eines längeren Abschwungs, oder nur um eine Wachstumsdelle handelt, auf die im Lauf des Jahres 2007 wieder Wachstumsraten oberhalb der Potentialrate folgen werden. Denn es ist unklar, in welchem Umfang der Markt für Wohnimmobilien noch negative Impulse vor allem auf den Konsum aussenden wird. Auch wird die Sparquote nicht zuletzt aufgrund des gestiegenen Zinsniveaus steigen. Zudem werden die Lohnsteigerungen wieder moderater ausfallen, da sich der bislang robuste Arbeitsmarkt abkühlen wird. Diese negativen Einflüsse werden dazu führen, daß der private Verbrauch während des gesamten Prognosezeitraums unterdurchschnittlich expandieren und somit die gesamte Binnennachfrage belastet wird. Es deutet jedoch einiges darauf hin, daß von monetärer Seite, nicht zuletzt aufgrund der erwarteten Zinssenkungen durch die Notenbank, wieder positive Impulse ausgehen werden, so daß sich die Entwicklung am Immobilienmarkt stabilisieren wird – schon jetzt haben die gesunkenen Hypothekenzinsen dazu geführt, daß die Neuanträge auf Hypotheken wieder zugenommen haben. Zwar werden auch die Unternehmensinvestitionen im Zuge der gesunkenen Absatzerwartungen an Dynamik verlieren, aber auch sie werden vom niedrigeren Zinsniveau profitieren. Unterstützung kommt auch von der jüngsten Abwertung des Dollar, welche die Exporte unterstützen wird und durch gestiegene Importpreise die Einfuhren hemmen dürfte. Die weiterhin kräftige Auslandsnachfrage und das leicht unterdurchschnittliche Wachstum in den USA – die USA zeichnen durch eine hohe Importelastizität aus – tragen dazu bei, daß der Importüberschuß gemessen am Bruttoinlandsprodukt nicht weiter steigen wird.

Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 um 2,4% expandieren, nach 3,3% im Jahr 2006. Im Prognosezeitraum wird sich das Leistungsbilanzdefizit in Relation zum Bruttoinlands-

produkt nicht weiter ausweiten, sondern leicht bis auf 6% sinken, was den Abwertungsdruck auf den US-Dollar an den Finanzmärkten senken dürfte.

Die Risiken dieser Prognose hängen zu einem großen Teil an der Entwicklung des Immobilienmarkts. Sollte der Abschwung dort erheblich kräftiger ausfallen als hier unterstellt, würde dies auch spürbare Konsequenzen für den privaten Konsum haben. Es wäre dann damit zu rechnen, daß die Zuwachsraten der gesamtwirtschaftliche Aktivität in den USA deutlich weiter zurückgehen als hier unterstellt und die US-Notenbank die Leitzinsen um mehr als 50 Basispunkte senken würde.

Abbildung 2:  
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA  
- saisonbereinigter Verlauf -



<sup>1</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – <sup>2</sup> Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des IWH; ab 4. Quartal 2006: Prognose des IWH.

### Aufschwung im Euroraum klingt 2007 ab

Im Herbst 2006 hat die Produktion im Euroraum schwächer zugelegt als in der ersten Jahreshälfte. Die Investitionen wurden nicht mehr so stark ausgeweitet, und der Nachfragezuwachs wurde stärker als zuvor aus Importen bedient. Der Aufschwung scheint aber nach wie vor intakt. Die Privaten sehen, gemessen an den Vertrauensindikatoren, mit immer noch wachsender Zuversicht in die nahe Zukunft. Zu Optimismus gibt es auch nach wie vor Anlaß: Die Unternehmen fahren weiterhin hohe Gewinne ein. Die Kosten für Fremdkapital sind

niedrig, die Eigenkapitalfinanzierung ist dank seit dem Sommer wieder stark gestiegener Aktienkurse günstig. Die Lohnkosten sind auch im Jahr 2006 nur moderat gestiegen. Die Haushalte können Zuversicht aus der spürbaren Verbesserung der Arbeitsmärkte schöpfen: Seit Anfang des Jahres ist die harmonisierte Arbeitslosenquote im Euroraum um einen halben Prozentpunkt gefallen.

Tabelle 1:  
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2005	2006	2007
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Reales Bruttoinlandsprodukt	3,2	3,3	2,4
Inländische Verwendung	3,3	3,3	2,4
Privater Konsum	3,5	3,1	2,7
Staatskonsum und -investitionen	0,9	2,1	2,1
Private Bruttoanlageinvestitionen	5,4	5,3	1,8
Außenbeitrag <sup>a</sup>	- 0,3	- 0,1	- 0,1
Exporte	6,8	8,6	6,2
Importe	6,1	6,4	4,8
Verbraucherpreise	2,3	2,7	2,5
	in % der Erwerbspersonen		
Arbeitslosenquote	5,1	4,6	4,9

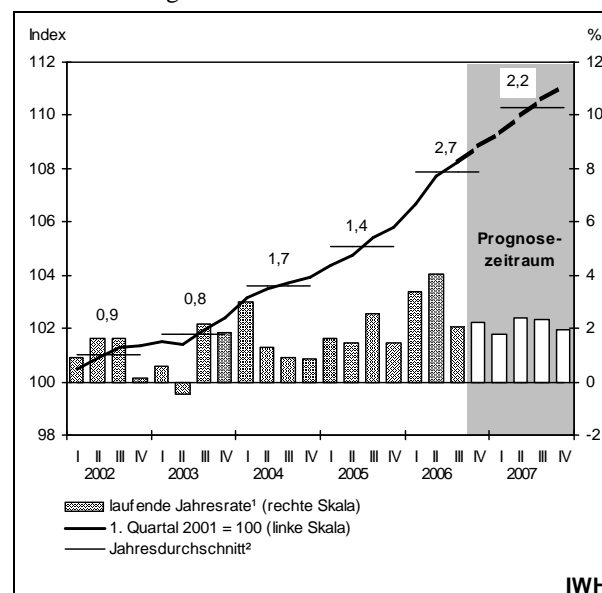
<sup>a</sup> Wachstumsbeitrag.

Quellen: U.S. Department of Commerce, Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des IWH; ab 2007: Prognose des IWH.

Im Jahr 2007 wird der Investitionsaufschwung seinen Höhepunkt schon überschritten haben. Die Nachfrage wird dann vor allem wegen höherer Konsumausgaben zunehmen, denn die Haushalte werden ihr Vorsichtssparen aufgrund der Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt ein wenig reduzieren, und die Löhne werden wieder etwas kräftiger steigen. Freilich werden einige wirtschaftspolitische Maßnahmen den Aufschwung dämpfen: Die EZB wird den Leitzins wohl noch etwas erhöhen; vor allem wirken aber die Steuererhöhungen in Deutschland und in Italien restriktiv. Dazu kommt, daß die jüngste Abwertung des Dollars und der an ihn angeschlossenen Währungen die Wettbewerbsfähigkeit von Produkten aus dem Euroraum vermindert hat. Die Bedeutung des Dollarkurses für den Außenhandel der Euroraumländer ist zwar in den vergangenen Jahren eher zurückgegangen; Weltregionen außerhalb des Dollarraumes, etwa in

Mittel- und Osteuropa, haben an Bedeutung gewonnen. Aber die transatlantischen Finanzbeziehungen sind wichtiger geworden. Zum einen bedeutet ein schwächerer Dollar, daß europäische Anleger ihr Vermögen in den USA niedriger bewerten müssen. Zum anderen schmälert die konjunkturelle Verlangsamung in den USA in erheblichem Umfang die Gewinnerwartungen der dort tätigen multinationalen Unternehmen. Dies bedeutet, daß sich die Finanzierungsmöglichkeiten dieser Unternehmen verschlechtern, und daß über die unternehmensinternen finanziellen Verflechtungen letztlich auch europäische Produktionsstätten in Mitleidenschaft gezogen werden können.

Abbildung 3:  
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum  
- saisonbereinigter Verlauf -



<sup>1</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – <sup>2</sup> Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH; ab 4. Quartal 2006: Prognose des IWH.

Alles in allem wird die Wirtschaft im Euroraum im Jahr 2007 erheblich langsamer expandieren als in diesem Jahr. Mit 2,2% wird hier eine Rate prognostiziert, die in etwa dem langfristigen Trend entspricht. Die Hauptrisiken für die vorliegende Prognose der Konjunktur im Euroraum liegen wohl darin, daß es in den USA zu einem deutlichen Abschwung kommt, und daß die Konjunkturen in den USA und in Europa über Kapitalmärkte und Finanzverflechtungen noch stärker miteinander verbunden sind, als hier unterstellt wird.

Tabelle 2:  
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose für  
den Euroraum in den Jahren 2005 bis 2007

	2005	2006	2007
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Bruttoinlandsprodukt	1,4	2,7	2,2
Private Konsumausgaben	1,3	1,9	2,4
Staatskonsum	1,3	2,1	1,0
Anlageinvestitionen	2,5	4,9	3,6
Außenbeitrag <sup>a</sup>	-0,3	0,1	-0,1
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Verbraucherpreise <sup>b</sup>	2,1	2,2	1,9
	<i>in % der Erwerbspersonen</i>		
Arbeitslosenquote <sup>c</sup>	8,6	7,7	7,5

<sup>a</sup> Veränderung des Außenbeitrages gegenüber dem Vorjahr in % des realen Bruttoinlandsprodukts des Vorjahres. – <sup>b</sup> Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – <sup>c</sup> Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH; ab 2007: Prognose des IWH (Stand: Dezember 2006).

## Konjunktur in Deutschland

### *Aufschwung mit Januskopf – das andere Gesicht*

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Aufschwung. Exporte und Investitionen der Unternehmen haben die Produktion im Jahr 2006 kräftig angetrieben. Das spürten vor allem die Industrie sowie erstmals seit 2000 die Bauwirtschaft. In der zweiten Jahreshälfte stimulierten auch die Konsumausgaben der privaten Haushalte. Allerdings fand die politikinduzierte Konsumnachfrage, Achillesferse der Konjunktur seit Jahren, wenig Rückhalt in den laufenden Erwerbseinkommen. So wurde weniger als zuvor gespart.

An der Schnittstelle zwischen Beschäftigung und Einkommen liegt bisher der Schwachpunkt des Aufschwungs. Der sichtliche Beschäftigungszuwachs nach der bereits 2005 vollzogenen Wende am Arbeitsmarkt äußert sich bislang wenig in höheren Erwerbseinkommen. Das liegt zum Teil daran, daß für die Aufstockung der Beschäftigung, auch der sozialversicherungspflichtigen, nicht ausschließlich konjunkturelle Gründe und die Lohnzurückhaltung verantwortlich sind, sondern zu einem nicht geringen Teil Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik.

Der export- und investitionsgetragene Aufschwung der deutschen Wirtschaft wird sich im Jahr 2007 fortsetzen, wenngleich das Wachstumstempo – zumindest vorübergehend – deutlich nachlassen dürfte. Es ist vor allem die Finanzpolitik, die durch die kräftige Erhöhung der Umsatzsteuer zu einer Abkühlung des Aufschwungs beiträgt. Aber auch die Geldpolitik wird nach der jüngsten und der noch zu erwartenden Zinsanhebung durch die europäische Zentralbank nicht mehr expansiv wirken, auch wenn die monetären Rahmenbedingungen per saldo günstig bleiben. Während die Aufwertung des Euro die Exporte in den Dollar-Raum etwas beeinträchtigen dürfte, erleichtern gestiegene Aktienkurse und niedrige Kapitalmarktzinsen weiter die Finanzierung der Unternehmensaktivitäten.

Die Bremsspuren gehen von der Konsumzurückhaltung aus, die in den ersten Monaten des Jahres aus dem Kaufkraftentzug durch die restriktive Finanzpolitik folgen wird. Hinzu kommt die Nachfragerücke, die von den in das Jahr 2006 vorgezogenen Käufen aufgerissen wird. So ist mit einem Rückgang der Konsumausgaben der privaten Haushalte zu rechnen. Er dürfte auch auf die Inlandsnachfrage insgesamt durchschlagen, da ein Ausgleich durch die weiterhin kräftige Investitionskonjunktur schon aufgrund des geringen Gewichts der Unternehmensinvestitionen in der Inlandsnachfrage unwahrscheinlich ist. So hängt der weitere Verlauf der Konjunktur nicht unerheblich von der Weltwirtschaft ab.

Die deutsche Wirtschaft wird daher weniger Impulse aus dem Ausland erhalten, und der Exportanstieg dürfte sich verlangsamen. Weil zugleich die Importe noch langsamer zunehmen werden, wird die Außenwirtschaft die gesamtwirtschaftliche Aktivität kräftig befördern. Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2007 um 1,4% steigen. Dabei trägt der Schwung der Konjunktur aus dem Vorjahr bis in das neue Jahr hinein. Reichlich ein Prozentpunkt des Zuwachses wird aus dem bis zuletzt kräftigen Anstieg im Jahr 2006 „mitgenommen“. Der Beschäftigungsanstieg setzt sich abgeschwächt fort, die registrierte Arbeitslosigkeit sinkt auf 4,36 Millionen Personen im Jahresdurchschnitt.

Kasten 1:  
Annahmen für die Prognose

Der Prognose liegen folgende Annahmen zugrunde:

- Der US-Dollar-Kurs des Euro beträgt im Jahr 2007 rund 1,30.
- Die Europäische Zentralbank hebt im Frühjahr 2007 den maßgeblichen Leitzins auf 3,75% an. Dieses Zinsniveau wird bis ins Jahr 2008 hinein gehalten.
- Der Welthandel expandiert im Jahr 2007 mit 6½%.
- Der Ölpreis (Marke Brent) liegt im Jahr 2007 bei rund 60 US-Dollar pro Barrel.
- In Deutschland steigen die Tarifverdienste je Stunde im Jahresdurchschnitt um 1,8%.
- Die Finanzpolitik setzt ihre Beschlüsse zur Haushaltskonsolidierung um.
- Wegen der Mehrwertsteueranhebung ziehen die privaten Haushalte Käufe von hochwertigen Konsumgütern in Höhe von 3,25 Mrd. Euro und den Bau von Eigenheimen in Höhe von ¾ Mrd. Euro auf das Jahr 2006 vor.

**Impulse vom Export lassen nach, bleiben aber kräftig**

Im Jahr 2006 waren die deutschen Ausfuhren durch die hohe konjunkturelle Dynamik in der Weltwirtschaft geprägt. Einen weiteren Beitrag zur Belebung der Exporte leistete auch die vorangegangene Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Zudem legten die Dienstleistungsexporte wegen der Fußballweltmeisterschaft in Deutschland kräftig zu.

Wie bereits in den Jahren zuvor konnten auch diesmal überdurchschnittliche Exportzuwächse in die neuen EU-Mitgliedstaaten und nach Rußland erzielt werden. Zudem faßten die Lieferungen nach China wieder Tritt. Der Anteil der neuen EU-Mitgliedstaaten am deutschen Gesamtexport liegt mittlerweile höher als der Anteil der USA. Doch auch in die alten EU-Mitgliedstaaten und in die NAFTA-Länder konnten noch erhebliche Steigerungsraten erzielt werden. Insgesamt wuchsen die Exporte im Jahr 2006 mit einer zweistelligen Rate.

Für 2007 ist nochmals mit einer überdurchschnittlichen Zunahme der Ausfuhren in die mittel- und osteuropäischen Länder, einschließlich Rußland, deren Bedarf an Investitionsgütern nach wie vor hoch ist, zu rechnen. Hier dürfte auch der

EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens stimulierend wirken. Auch der Zuwachs bei den Ausfuhren in den asiatisch-pazifischen Raum wird 2007 wieder über dem Durchschnitt liegen. Etwas verhaltener wird, aufgrund des dort abgeschwächten Konjunkturverlaufs und der Dollarschwäche, die Exportentwicklung in die USA ausfallen. Gleiches gilt für die Ausfuhren in die arabischen Länder, die ihre Nachfrage aufgrund sinkender Einnahmen infolge der Entspannung an den Rohstoffmärkten nicht mehr so massiv ausweiten werden wie in der Vergangenheit.

Tabelle 3:  
Deutsche Exporte nach Regionen

- Spezialhandel in jeweiligen Preisen; saisonbereinigt -

Ländergruppe	Veränderung gg. Vorzeitraum in %			
	2005	2006		
		1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.
EU 25	7,2	6,2	1,1	2,6
Neue EU-Länder <sup>1</sup>	9,8	5,6	4,3	5,3
NAFTA <sup>2</sup>	8,3	4,8	-3,7	4,3
USA	7,1	5,0	-3,7	4,7
Ostasien <sup>3</sup>	2,9	6,3	-1,1	6,4
China	1,6	9,5	3,1	3,9
Übrige Welt	11,1	6,9	1,7	6,9
Rußland	15,5	11,3	4,4	10,9
Insgesamt	7,6	5,3	0,7	3,8
	<i>Export in % des BIP in Deutschland</i>			
	2005	2006		
		1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.
EU 25	22,2	24,0	24,0	24,4
Neue EU-Länder <sup>a</sup>	3,0	3,4	3,5	3,7
NAFTA <sup>b</sup>	3,6	3,9	3,8	3,9
USA	3,1	3,4	3,2	3,3
Ostasien <sup>c</sup>	2,8	3,0	3,0	3,1
China	0,9	1,1	1,1	1,1
Übrige Welt	6,4	6,9	7,0	7,4
Rußland	0,8	0,9	0,9	1,0
Insgesamt	35,0	37,8	37,7	38,7

<sup>a</sup> Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Zypern. – <sup>b</sup> USA, Kanada, Mexiko. – <sup>c</sup> Japan, China, Hongkong, Taiwan, Singapur, Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Südkorea. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Insgesamt wird die Auslandsnachfrage nach deutschen Gütern rege bleiben, doch wird sie im Zuge der geringeren weltwirtschaftlichen Dynamik nicht mehr so kräftig erhöht. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbessert sich zwar gegenüber

den Ländern des Euroraums. Dies kann jedoch die dämpfenden Effekte, die sich aus der Aufwertung des Euro sowie aus den sich abschwächenden Nachfrageimpulsen aus dem Ausland ergeben, nicht wett machen, so daß sich 2007 der Exportanstieg insgesamt auf rund 7% verringern wird.

Bei den Importen fielen die Zuwächse im Jahre 2006, zumindest bei den Waren, noch stärker aus als bei den Exporten. Getrieben wurde diese Entwicklung einerseits durch den Anstieg der Nachfrage nach importierten Vorleistungen im Zusammenhang mit den Exportsteigerungen. Jedoch sind die Einfuhren nicht nur bei Vorleistungsgütern und Energie stark gestiegen, sondern ebenso bei Konsum- und Investitionsgütern. So sind wohl die Vorzieheffekte der Mehrwertsteuererhöhung in nicht unerheblichem Maße auch über Importe realisiert worden. Beispielsweise waren die Importzuwächse etwa bei Rundfunk- und Fernsehgeräten, Fahrzeugen, Erzeugnissen der Feinmechanik und Optik besonders hoch aus. Infolge dieser Entwicklungen fiel der Wachstumsbeitrag des Außenhandels 2006 im Vergleich zu den Vorjahren eher gering.

Tabelle 4:  
Reale Exporte und Importe Deutschlands an Waren und Dienstleistungen

	2005	2006	2007
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Exporte	6,9	11,2	7,1
Importe	6,5	11,0	5,5
	<i>in % zum BIP</i>		
Exporte	43,0	46,7	49,3
Importe	38,3	41,5	43,2
	<i>Außenbeitrag</i>		
Mrd. Euro	101,2	114,1	136,6
Wachstumsbeitrag <sup>a</sup>	0,4	0,6	1,0

<sup>a</sup> Veränderung des Außenbeitrages gegenüber dem Vorjahr in % des realen Bruttoinlandsprodukts des Vorjahres.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2006: Schätzung, 2007: Prognose des IWH.

Ähnlich wie beim Export werden sich auch beim Import die Zuwächse im kommenden Jahr verringern. Allerdings wird die Abschwächung bei den Einfuhren deutlicher ausfallen. Wesentliche Ursachen sind, neben dem Abflauen der Nachfrage nach importierten Vorleistungen aufgrund geringerer Exportzuwächse, Nachfrageausfälle als Gegen-

bewegung zu den Vorzieheffekten und Kaufkraftverluste infolge der Mehrwertsteuererhöhung. Die Importe werden im Jahr 2007 um 5,5% zunehmen. Damit wird sich der Wachstumsbeitrag des Außenhandels 2007 wieder deutlich erhöhen.

Die Entwicklung der Einfuhrpreise wird noch längere Zeit von der Entspannung an den Rohstoffmärkten geprägt sein. Da auch der Wechselkurs des Euro, vor allem gegenüber dem US-Dollar, auf hohem Niveau verharren wird, werden im Prognosezeitraum die Importpreise deutlich langsamer zunehmen als in der Vergangenheit. Die Terms-of-Trade werden sich dadurch 2007 erstmals seit 2003 wieder leicht verbessern.

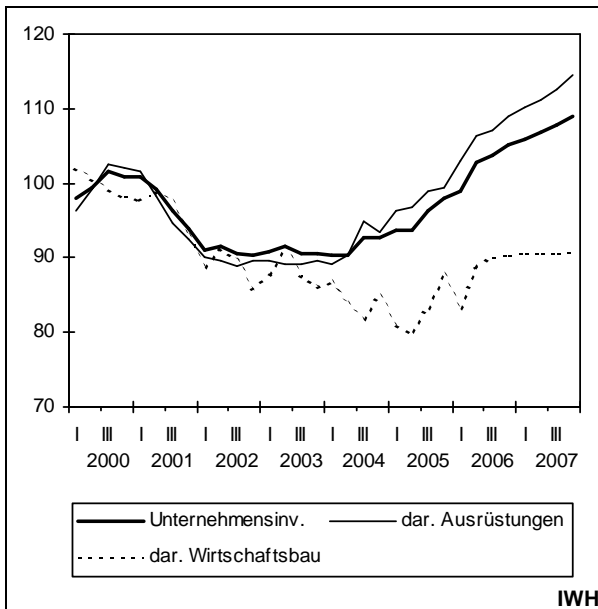
### ***Unternehmensinvestitionen: hohe Dynamik schwächt sich ab***

Die Investitionen der Unternehmen haben zum Jahresende das im Sommer 2006 erreichte hohe Niveau nochmals übertroffen. Die rege ausländische und heimische Nachfrage hat die Unternehmen zum weiteren Kapazitätsaufbau veranlaßt, der neben kräftigen Ausweitungen bei Ausrüstungen und sonstige Anlagen erstmalig seit zehn Jahren auch den Wirtschaftsbau erfaßt hat. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die erleichterten Abschreibungsbedingungen und die niedrigen Kapitalmarktzinsen, die auch im Prognosejahr 2007 grundsätzlich anregend wirken dürften.

Für eine Fortsetzung des Expansionskurses im Prognosezeitraum sprechen außerdem der hohe Auslastungsgrad der Wirtschaft und das günstige Investitionsumfeld: Zwar schwächen sich die von der Welt ausgehenden Nachfrageimpulse im Prognosezeitraum ab, die aus der starken Wettbewerbsposition der Unternehmen im Ausland resultierenden Absatzerwartungen dürften aber weiterhin investitionsanregend wirken. So bleiben die Ertragsperspektiven bei gesunkenem Ölpreis und rückläufigen Lohnstückkosten gut. Auch stellen sich angesichts der gestiegenen Aktienkurse und der in den zurückliegenden Jahren einbehaltenen Gewinne die Spielräume für die Finanzierung der Sachkapitalbildung gerade bei den exportorientierten Unternehmen günstig dar. Von den Erweiterungsabsichten dieser Unternehmen gehen sowohl Impulse auf die Anschaffung von Ausrüstungsgütern und sonstiger Anlagen als auch auf den Wirtschaftsbau aus. Darauf deuten zum einen die Auftragseingänge der Investitionsgüterprodu-

zenten aus dem Inland, aber auch die Baugenehmigungen für Industriebauten hin.

Abbildung 4:  
Reale Unternehmensinvestitionen in Deutschland  
- Kettenindex, saison- und arbeitstäglich bereinigt -



Quellen: Statistisches Bundesamt; 2006: Schätzung, 2007: Prognose des IWH.

Tabelle 5:  
Reale Anlageinvestitionen in Deutschland  
- Veränderung gg. Vorjahr in % -

	2005	2006	2007
Ausrüstungsinvestitionen	6,1	8,0	5,0
Sonstige Anlagen	4,7	4,9	3,5
Bauinvestitionen	-3,6	2,9	0,7
Wohnbauten	-4,0	2,7	-0,4
Nichtwohnbauten	-3,0	3,1	2,2
Gewerbliche Bauten	-1,8	4,0	2,5
Öffentliche Bauten	-6,0	0,5	1,5
Anlageinvestitionen insgesamt	0,8	5,1	2,7

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2006: Schätzung, 2007: Prognose des IWH.

Alles in allem dürften die Unternehmen im Jahr 2007 ihre Produktionsanlagen aber nicht mehr ganz so kräftig ausweiten. Insbesondere die inlandsorientierten Unternehmen haben ihre Investitionsabsichten wegen der Unsicherheit über die Konsumneigung wieder etwas zurückgeschraubt,<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Siehe Wirtschaftslage und Erwartungen, Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern Herbst 2006, Berlin, S.25 ff.

auch wenn die notwendige Ersatzbeschaffung angesichts der günstigen Abschreibungsbedingungen hier auf der Tagesordnung bleiben wird. Im gewerblichen Bau wird das größte Segment – die Bürobauten – vorerst nur wenig an der Erholung beteiligt sein. Potential zur Aufwärtsbewegung haben nur einige Großstädte, während die Mittelstädte teilweise mit hohen Leerständen zu kämpfen haben.<sup>3</sup> Insgesamt steigen die Unternehmensinvestitionen im Jahr 2007 um 4,6% nach 7,7% im Jahr davor.

### **Bauinvestitionen: nach Hoch wieder Dämpfer**

Im Jahr 2006 sind die Bauinvestitionen erstmalig nach sechs Jahren Rückgang wieder gestiegen. Ausschlaggebend war zum einen die allgemeine konjunkturelle Besserung, die vor allem dem gewerblichen Bau Anregungen verlieh. Zum anderen spielten Sonderfaktoren im Wohnungsbau eine Rolle. So hat der Wegfall der Eigenheimzulage bis in das Sommerhalbjahr hinein noch zu vermehrten Neubaumaßnahmen geführt. Außerdem ist es wegen der bevorstehenden Erhöhung der Mehrwertsteuer zu vorgezogenen Baumaßnahmen im Wohnungsbestand gekommen. Auch im öffentlichen Bereich sind die Bauaktivitäten mit den zunehmenden Steuereinnahmen über das Vorjahresniveau hinausgegangen, wenn auch nur gering. Angesichts der gestiegenen Nachfrage und damit verbundener Engpässe bei Baumaterialien hat sich die Bautätigkeit in allen Bausparten stark verteuert.

Im Jahr 2007 schwächt sich die Aufwärtsbewegung der Bauinvestitionen wieder ab. Entscheidend dürfte das Fehlen der in das Jahr 2006 vorgezogenen Bauaktivitäten im Wohnungsbau sein. Dies kann durch die konjunkturellen Bestimmungsfaktoren auch nicht ausgeglichen werden. Die Erholung am Arbeitsmarkt dürfte sich zwar in einer größeren Arbeitsplatz- und Einkommenssicherheit bei den privaten Haushalten niederschlagen, dem stehen aber der Kaufkraftentzug durch die Mehrwertsteuererhöhung und die tendenziell anziehenden Hypothekenzinsen entgegen.

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden im Jahr 2007 weiter steigen. Die Entspannung bei den Steuereinnahmen verleiht Bund, Ländern und Gemeinden wieder etwas größere Spielräume für die Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen. Alles

<sup>3</sup> Vgl. BulwienGesa AG quarterly, Ausgabe Mai 2006, S. 4.

in allem nehmen die Bauinvestitionen im Jahr 2007 um 0,7% zu, nach 2,9% im Jahr zuvor.

### **Konsumbelebung nur vorübergehend**

Nach drei Jahren Stagnation stieg der private Konsum im Jahr 2006 real um 1%. Insbesondere die in der zweiten Jahreshälfte gewachsene Bereitschaft der Verbraucher, Käufe von langlebigen und teuren Konsumgütern in Verbindung mit der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007 in das zweite Halbjahr 2006 vorzuziehen, hat den privaten Konsum belebt. Die Neuzulassungen von PKW nahmen nach einem leichten Anstieg im September und Oktober im November mit 18% sprunghaft zu. Im Einzelhandel insgesamt ist diese Belebung noch nicht sichtbar. Lediglich der Facheinzelhandel mit Einrichtungsgegenständen, Haushaltsgeräten und Baubedarf erhöhte sich deutlich. Die vorgezogenen Käufe<sup>4</sup> gingen im Wesentlichen zu Lasten der Ersparnis und die Sparquote verringerte sich um 0,2 Prozentpunkte auf 10,4%.

Tabelle 6:  
Verfügbares Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte<sup>a</sup> in Deutschland  
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

	2005	2006	2007
Verfügbares Einkommen, nominal	1,7	2,0	2,3
<i>darunter:</i>			
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	-0,3	0,5	2,0
Monetäre Sozialleistungen	0,2	0,2	0,0
Selbständigen-, Vermögenseink.	6,2	6,1	4,3
Sparen	3,3	0,5	1,4
Private Konsumausgaben, nominal	1,4	2,4	2,5
<i>Nachrichtlich:</i>			
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	-0,3	1,3	1,9
Sparquote (in %)	10,6	10,4	10,3
Preisindex des privaten Konsums	1,3	1,4	2,1
Private Konsumausgaben, real	0,1	1,0	0,3

<sup>a</sup> Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2006: Schätzung, 2007: Prognose des IWH.

Die Einkommen haben dem Konsum keinen spürbaren Impuls gegeben. Obwohl sich die Beschäftigungslage deutlich verbessert hat, stiegen die Nettoverdienste insgesamt nur leicht. Noch immer

<sup>4</sup> In die Prognose wurden Käufe von Konsumgütern im Wert von 3,25 Mrd. Euro als Vorzieheffekt eingestellt.

entwickeln sich die Effektivlöhne schwächer als die Tariflöhne, da sich die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten weiter erhöhte. Die monetären Sozialleistungen nahmen infolge der Nullrunde bei den Renten, des Rückgangs der Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld I und der Verschärfungen beim Bezug von Arbeitslosengeld II kaum zu. Erhöhend auf die Transferzahlungen wirkte die Anhebung des Regelsatzes des Arbeitslosengeldes II im Osten auf Westniveau (von 331 Euro auf 345 Euro) zur Mitte des Jahres. Die Selbständigen- und Vermögenseinkommen expandierten aufgrund der konjunkturellen Besserung wiederum kräftig. Alles in allem nahmen die verfügbaren Einkommen mit 2% etwas stärker als im Vorjahr zu, real verblieb ein leichter Anstieg von 0,3%.

Der private Konsum belebte sich aber nur vorübergehend. Zu Beginn des Jahres 2007 kommt es zu einem Einbruch der Nachfrage. Hier entzieht der Preisanstieg infolge der Mehrwertsteuererhöhung den privaten Haushalten Kaufkraft (vgl. Kasten 2), und es fehlen die in das Jahr 2006 vorgezogenen Käufe (vgl. Kasten 3).

Später legt aber der private Konsum konjunkturell bedingt etwas zu. Im Durchschnitt erhöht sich der private Konsum 2007 real mit 0,3% nur leicht. Die Bruttoverdienste steigen infolge der anhaltenden Zunahme der Beschäftigung und der höheren Dynamik der Tarif- und Effektivlöhne etwas rascher als im Vorjahr. Auch die Nettoverdienste expandieren wegen der per saldo sinkenden Beitragssätze zu den Sozialversicherungen<sup>5</sup> stärker als im Vorjahr. Die monetären Sozialleistungen stagnieren. Einerseits gibt es wiederum eine Nullrunde bei den Renten, und die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld I geht weiter zurück, andererseits wird das einkommensabhängige Elterngeld neu eingeführt. Zusätzlich belastet der weitere Abbau von Steuervergünstigungen<sup>6</sup> sowie die Einführung einer „Reichensteuer“ die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte.

<sup>5</sup> Unterstellt ist die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung von 6,5% auf 4,2% sowie die Erhöhung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung von 19,5% auf 19,9% und des Beitragssatzes zur Krankenversicherung um 0,4 Prozentpunkte.

<sup>6</sup> Darunter fallen die Kürzung der Entfernungspauschale, die Reduzierung des Sparerfreibetrages und die Einschränkung der Absetzbarkeit der Aufwendungen für das häusliche Arbeitszimmer.

Die Selbständigen- und Vermögenseinkommen expandieren nach wie vor kräftig, wenn auch geringer als im Vorjahr. Alles in allem dürften die verfügbaren Einkommen mit 2,3% etwas stärker als im vorangegangenen Jahr steigen; real bedeutet dies allerdings fast Stagnation.

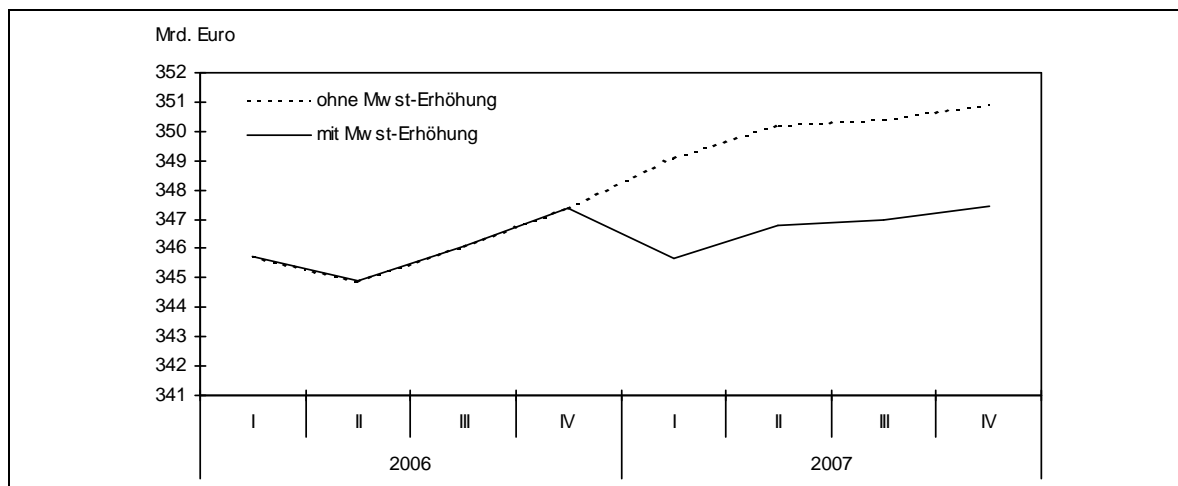
Die Sparbereitschaft der privaten Haushalte wird vor allem von langfristigen Motiven wie der Altersvorsorge bestimmt. Aber auch vorübergehende

Effekte spielen eine Rolle. So wird der im Jahr 2006 für die vorgezogenen Käufe von langlebigen Konsumgütern weniger gesparte Betrag wieder ausgeglichen. Andererseits wird es einige Zeit brauchen, bis die Haushalte ihre Kaufgewohnheiten an den Realeinkommensverlust durch die Mehrwertsteuererhöhung angepaßt haben. Insgesamt wird die Sparquote wohl vorübergehend etwas sinken.

**Kasten 2:  
Kaufkraftverluste im Zuge der Mehrwertsteuererhöhung**

Zum 1. Januar 2007 wird der Regelsatz der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte auf 19% angehoben. Dies wird die Verbraucherpreise spürbar erhöhen und unmittelbar zu einem dauerhaften Kaufkraftverlust führen. Die erste Abbildung veranschaulicht diesen Effekt anhand des real verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte. Dabei wurde unterstellt, daß die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes die Verbraucherpreise um einen zusätzlichen Prozentpunkt in die Höhe treibt.<sup>a</sup>

**Real verfügbare Einkommen**



Quelle: Bundesbank, Statistisches Bundesamt, ab 4. Quartal 2006 Prognosen des IWH.

Um aufzuzeigen, inwieweit diese Kaufkraftminderung auf den realen Konsum wirkt, wurde eine Konsumfunktion für die Jahre 1994 bis 2006 geschätzt (die Werte der t-Statistik sind in Klammern angegeben):<sup>b</sup>

$$\Delta \ln c_t = -0.017 - 0.173 [ \ln c_{t-1} - \ln y_{t-1} ] + 0.545 \Delta \ln y_t - 0.561 \Delta \ln alq_{t-1}$$

(-2.35) (-2.61) (5.57) (-2.85)

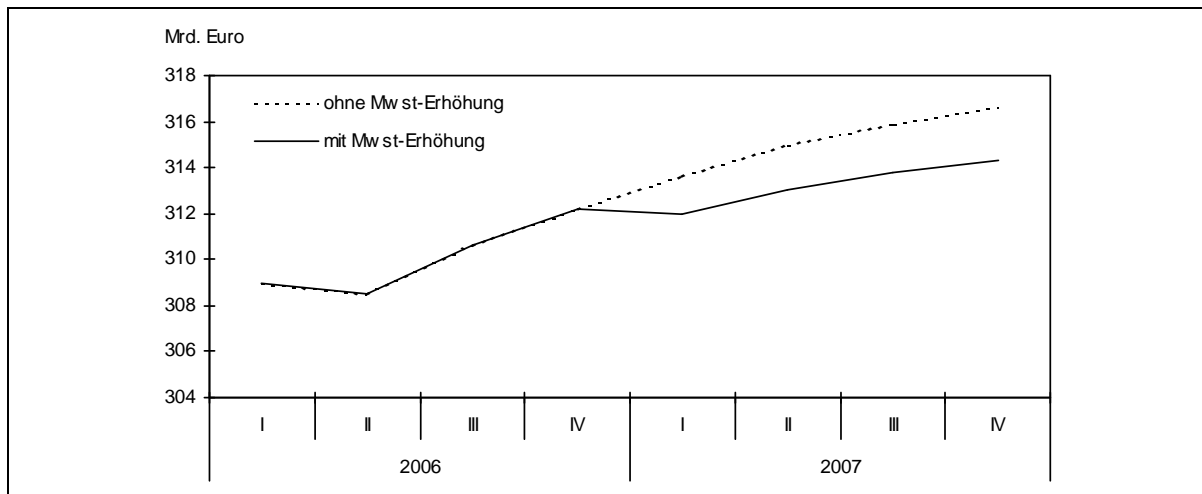
Stützzeitraum: 1994q1 – 2006q3; R<sup>2</sup>adj.: 0.695 ; DW: 2.26

Dabei steht ln c für den natürlichen Logarithmus der realen Konsumausgaben, ln y für den natürlichen Logarithmus des real verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte und alq für die Arbeitslosenquote. Δ steht für die Differenz gegenüber dem Vorquartal und t für die Zeit.

Vergleicht man die Prognose des Konsums (zweite Abbildung) anhand der obigen ökonometrischen Spezifikation mit den verschiedenen Verläufen des verfügbaren Einkommens aus der ersten Abbildung, dann läßt sich der reine Entzugseffekt abschätzen.



### Reale Konsumausgaben der Privaten



Quelle: Statistisches Bundesamt, ab 4. Quartal 2006 Prognosen anhand der Konsumfunktion.

Als Resultat der Mehrwertsteuererhöhung entwickeln sich die Konsumausgaben dauerhaft auf einem niedrigeren Pfad. Eine Preiserhöhung um einen Prozentpunkt senkt das Realeinkommen um ebenfalls einen Prozentpunkt. Die Konsumfunktion zeigt, daß ein einprozentiger Einkommensentzug unmittelbar zu 0,55% niedrigeren Konsumausgaben führt. Langfristig liegt das Konsumniveau – in gleichem Maße wie das verfügbare Einkommen – um 1% niedriger. Nicht berücksichtigt wurden bei dieser Betrachtung Vorzieheffekte, die den Konsum im Jahr 2007 zusätzlich dämpfen werden (siehe dazu Kasten 3).

<sup>a</sup> Vgl. Gemeinschaftsdiagnose vom Frühjahr 2006. – <sup>b</sup> Geschätzt wurde diese Spezifikation mit der zweistufigen Methode der kleinsten Quadrate, da ein Hausman-Test die Konsistenz einer gewöhnlichen Kleinst-Quadrate-Schätzung verworfen hat. Als Instrumente wurden fünf Verzögerungen der Änderung des verfügbaren Einkommens, die Veränderung der aktuellen Arbeitslosenquote und die Veränderung des aktuellen und verzögerten nominalen Zins verwendet. Im Gegensatz zur gewöhnlichen Kleinst-Quadrate-Schätzung ist hier der reale Zins nicht signifikant. Außerdem hat auch das Vermögen für den beobachteten Zeitraum keine Erklärungskraft (die insignifikanten Variablen wurden bei der folgenden Schätzung weggelassen).

### Mehrwertsteuererhöhung treibt Teuerung

Im Jahr 2006 stiegen die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt um 1,7%. Bis August war die Teuerung vom überdurchschnittlichen Anstieg der Preise für Haushaltsenergie und für Kraftstoffe geprägt, danach kam es zu einer deutlichen Abschwächung. Dabei spielte auch ein Basiseffekt eine Rolle. Denn im September 2005 erreichten Mineralölzeugnisse Höchststände u. a. infolge von Kapazitätsengpässen wegen der Zerstörungen durch den Wirbelsturm „Katrina“.<sup>7</sup> Ohne Einrechnung der Energiekomponenten lag die Kernrate der Inflation im Jahr 2006 nur bei rund 0,8%. Auch scheinen die im Vorfeld der anstehenden Umsatzsteuererhöhung erwarteten Preisanhebungen auf breiter Front ausbleiben. Der Preismo-

nitor des Statistischen Bundesamtes signalisiert lediglich bei einigen wenigen Gütergruppen wie Drogerieartikeln, Bekleidung und Erzeugnissen für die regelmäßige Instandhaltung der Wohnung merkliche Anstiege. Von Seiten der Tariflohnentwicklung ging nach wie vor kein Preisdruck aus, die Lohnstückkosten waren wiederum rückläufig.

Im Jahr 2007 werden die Verbraucherpreise um 2,2% steigen und damit deutlich höher liegen als im Jahr zuvor. Zwar dürften bei einem angenommen unveränderten Ölpreis von 60 Dollar je Barrel und einem konstanten Wechselkurs die Energiepreise nicht weiter zunehmen, aber die Erhöhung des Regelsatzes der Mehrwert- und der Versicherungssteuer um drei Prozentpunkte führt Anfang 2007 zu einem kräftigen Preisaufrieb. Bei voller Überwälzung der Steuererhöhung könnte das Verbraucherpreisniveau rein rechnerisch um 1,4 Prozentpunkte steigen.

<sup>7</sup> Hinzu kam, daß sich die letzte Tabaksteuererhöhung zum 1. September 2005 nach einem Jahr nicht mehr auf die Teuerungsrate auswirkt.

### Kasten 3:

#### Vorzieheffekte bei den privaten Konsumausgaben

Neben dem reinen Kaufkraftverlust im Zuge der Mehrwertsteuererhöhung (siehe Kasten 2) ist mit weiteren Verhaltensanpassungen der Konsumenten zu rechnen.<sup>a</sup> So ist zu erwarten, daß die Konsumenten aufgrund der antizipierten Preiserhöhung insbesondere bei preiselastischen Gütern einen Teil ihrer eigentlich für 2007 geplanten Konsumausgaben noch im Jahr 2006 tätigen.

Besonders langlebige Güter wie etwa die Gütergruppe der Einrichtungsgegenstände und Geräte für den Haushalt sind hier betroffen. Für andere Konsumgüter, wie z. B. Nahrungsmittel oder Wohnen, bleibt der Mehrwertsteuersatz konstant (bzw. von der Mehrwertsteuer befreit) oder sind keine wesentlichen Vorzieheffekte zu erwarten, da hier der Erwerb unmittelbar mit dem Konsum verbunden ist. Das gilt für viele Dienstleistungen.

Nachfolgende Schätzung zeigt auf, wie stark die Konsumnachfrage von Einrichtungsgegenständen und Geräten für den Haushalt auf Preis- bzw. Einkommensänderungen reagiert (t-Werte in Klammern):

$$\Delta \ln c_t^e = 0.682 \Delta \ln y_t - 1.141 \Delta \ln p_t^e$$

$$(4.1) \quad (-2.2)$$

Stützzeitraum: 1994q1 – 2006q3; R<sup>2</sup>adj.: 0.286 ; DW: 2.19

c<sup>e</sup> bezeichnet dabei den realen Konsum von Einrichtungsgegenständen und Haushaltsgeräten und p<sup>e</sup> ist der Preisindex dieser Güterklasse. Δ steht für die Differenz gegenüber dem Vorquartal und t für die Zeit. Die Preiselastizität ist kleiner als -1, d.h. eine 1-prozentige Preiserhöhung in dieser Güterklasse reduziert den Konsum um mehr als ein Prozent (bei gegebenem Realeinkommen).

Geht man davon aus, daß die Haushalte zukünftige Preisänderungen schon heute antizipieren, dann greift obige Gleichung zu kurz, denn auch mit dieser Spezifikation können keine Vorzieheffekte identifiziert werden. Deshalb wird nun unterstellt, daß der Konsum langlebiger Güter nicht nur vom aktuellen Preis abhängt, sondern auch vom erwarteten Preis in der Folgeperiode. Damit ergibt sich eine Spezifikation mit rationalen Erwartungen über Preisänderungen in der Folgeperiode (die Werte in Klammern sind t-Werte auf Basis von Newey-West-Standardfehlern):<sup>b</sup>

$$\Delta \ln c_t^e = 0.765 \Delta \ln y_t + 0.130 \Delta \ln y_{t-1} - 1.836 \Delta \ln p_t^e + 1.818 E_t \Delta \ln p_{t+1}^e$$

$$(13.15) \quad (2.31) \quad (-2.79) \quad (2.51)$$

Stützzeitraum: 1975q1 – 2006q2; R<sup>2</sup>adj.: 0.51; DW: 2.64

Demnach erhöht eine erwartete 1-prozentige Preiserhöhung den heutigen Konsum von Einrichtungsgegenständen und Haushaltsgeräten um 1,82 %, während eine aktuelle Preiserhöhung den Konsum um 1,84 % reduziert (bei konstantem Einkommen). Bei einem Gesamtvolumen von knapp unter 22 Mrd. Euro im 3. Quartal 2006 kann man den Vorzieheffekt bei dieser Gütergruppe mit 400 Mio. Euro ansetzen, und der Fehlbetrag im ersten Quartal 2007 wäre demnach ähnlich hoch. Hinzu käme noch die Senkung der Realeinkommen durch den allgemeinen Preisauftrieb im ersten Quartal 2007 im Zuge der Mehrwertsteuererhöhung (siehe Kasten 2), der auch für diese Konsumgütergruppe dämpfend wirkt. Bei verwandten Gütergruppen wie Verkehr und Nachrichtenübermittlung oder Schuhe und Bekleidung konnten in der Vergangenheit keine signifikanten Preisreaktionen nachgewiesen werden. Trotzdem ist zu erwarten, daß es bei einer Mehrwertsteuererhöhung von drei Prozentpunkten auch bei anderen Gütern Vorzieheffekte gibt.

<sup>a</sup> Aufgrund der historischen Einmaligkeit dieser Steuererhöhung ist es hier besonders schwer die Vorzieheffekte genau zu quantifizieren, da der Mehrwertsteuersatz bisher um lediglich einen Prozentpunkt erhöht wurde. – <sup>b</sup> Für die Variable  $E_t \Delta \ln p_{t+1}^e$  wurde die Realisation  $\Delta p_{t+1}^e$  verwendet und mit Variablen aus Zeitpunkt t und früher instrumentiert. Als Instrumente wurden verzögerte Werte der Preisveränderung, die Outputlücke in t und t-1, ein Shiftdummy für Unterschiede zwischen West- und Gesamtdeutschland sowie eine Dummyvariable verwendet, die den Wert 1 annimmt, wenn in der Folgeperiode der Mehrwertsteuersatz angehoben wird. Um möglichst viele antizipierte Mehrwertsteuererhöhungen mit abbilden zu können, wird bei dieser Spezifikation der Stützzeitraum bis 1975 erweitert.

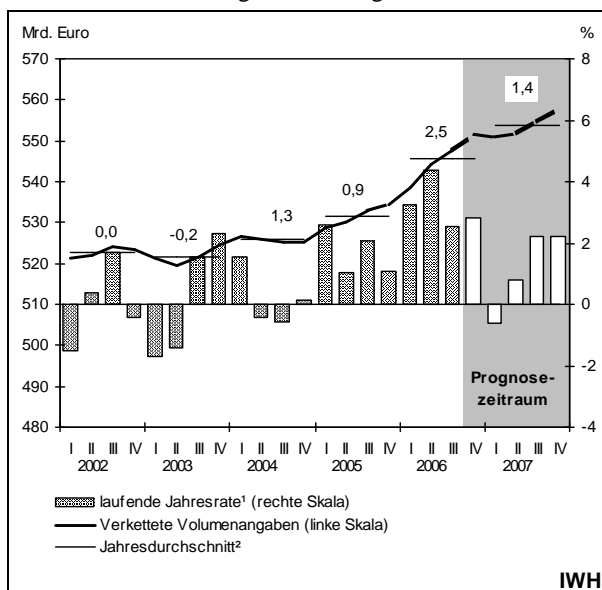
Dabei ist berücksichtigt, daß nur rund 53% der Produkte von der Erhöhung der Mehrwertsteuer betroffen sind, nämlich diejenigen, die dem vollen Steuersatz unterliegen. In der Prognose ist unterstellt, daß die Mehrwertsteueranhebung aufgrund des Wettbewerbsdrucks im ersten Jahr nur zu zwei Dritteln an die Verbraucher weitergegeben wird. Ein Teil geht zu Lasten der Unternehmensge-

winne. Leicht dämpfend auf den Preisanstieg wirkt indirekt zudem die Verringerung der Beiträge zur Sozialversicherung (per saldo um ca. 1,5 Prozentpunkte). Auch sind im Prognosezeitraum die Lohnstückkosten weiter rückläufig. Es wird hier nicht damit gerechnet, daß die Steuererhöhung eine Preis-Lohn-Spirale auslöst.

### Produktion verliert Anfang 2007 vorübergehend an Fahrt

Die gesamtwirtschaftliche Produktion hat sich im vierten Quartal saison- und kalenderbereinigt um 0,7% erhöht. Der größte Wachstumsbeitrag kam von der Industrie, die sowohl von der Auslands- als auch von der Inlandsnachfrage angeregt wurde. Besonders die Produktion von Investitions- und Vorleistungsgütern expandierte kräftig. Das Baugewerbe konnte im vierten Quartal – bedingt durch die milde Witterung – weiter seine Produktion ausdehnen. Von der günstigen Entwicklung im Produzierenden Gewerbe profitierten auch die Unternehmensdienstleister sowie die Bereiche Verkehr und Nachrichtenübermittlung. In der Konsumgüterproduktion, im Handel und im Baugewerbe schlugen Vorzieheffekte zu Buche (vgl. Kasten 4). Sie konzentrierten sich auf Westdeutschland, da die ostdeutsche Industrie mit ca. 7% nur einen kleinen Beitrag zur gesamtdeutschen Produktion in den entsprechenden Wirtschaftsbereichen beisteuert.

Abbildung 5:  
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland  
- saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



<sup>1</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – <sup>2</sup> Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 4. Quartal 2006: Prognose des IWH.

Im Jahr 2007 wird der konjunkturelle Aufschwung durch die fiskalischen Maßnahmen gedämpft. Die in das Jahr 2006 vorgezogenen Käufe mindern zu Beginn des Jahres 2007 die Produktion. Hinzu kommt, daß die Weltkonjunktur etwas an Dynamik verliert. Die gesamtwirtschaftliche Pro-

duktion bleibt jedoch aufwärts gerichtet. Die Unternehmen weiten ihre Investitionstätigkeit nochmals aus. Zudem werden in der zweiten Jahreshälfte infolge der Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt die Konsumausgaben wieder steigen. Hinzu kommt, daß die Lager, die vor Jahresfrist abgebaut wurden, wieder aufgefüllt werden.

Die Industrieproduktion wird erneut kräftig ausgedehnt, wovon die unternehmensnahen Dienstleister profitieren. Die Bauproduktion wird – insbesondere im Wirtschaftsbaue und im öffentlichen Bau – leicht zunehmen. Die Wertschöpfung im Einzelhandel und bei den konsumnahen Dienstleistern wird infolge der fiskalischen Maßnahmen bestenfalls stagnieren. Insgesamt ist für das Jahr 2007 ein Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 1,4% (arbeitstäglich bereinigt: 1,5%) zu erwarten. Abstrahiert von dem Auf und Ab infolge der Sonderentwicklungen in den Jahren 2006 und 2007, beträgt das Wachstum in diesem Zeitraum im Jahresdurchschnitt rund 2%.

### Erholung am Arbeitsmarkt setzt sich 2007 verlangsamt fort

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich infolge des konjunkturellen Aufschwungs und begünstigt durch die moderate Lohnentwicklung in den vergangenen Jahren deutlich gebessert. Die wichtigsten Arbeitsmarktindikatoren – insbesondere die Zahl der Erwerbstätigen, der registrierten Arbeitslosen und der offenen Stellen – weisen eine günstige Entwicklung auf. Die Erwerbstätigkeit nahm im Jahr 2006 um ca. 230 000 Personen bzw. 0,6% zu (vgl. Tabelle 7). Bemerkenswert ist hierbei, daß nach mehrjährigem Rückgang die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten seit Anfang des Jahres kräftig angestiegen ist (vgl. Abbildung 6). Sie übertraf den Vorjahresstand um 110 000 Personen (vgl. Tabelle 8).<sup>8</sup> Der Anstieg gilt in besonderem Maße für die nicht geförderten Beschäftigungsverhältnisse.

<sup>8</sup> Zu den geförderten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen: Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen, Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen, Beschäftigte in Personal-Service-Agenturen, Eingliederungszuschüsse bei Neugründungen oder bei Vertretung, Arbeitsentgeltzuschüsse bei beruflicher Weiterbildung, Einstiegsgehalt für abhängige Beschäftigung, Arbeitsgelegenheiten (Entgeltvariante). Die Zahl der Teilnehmer in diesen Maßnahmen insgesamt betrug im November 2006 ca. 215 000 Personen.

Kasten 4:

Wirkung der Vorzieheffekte infolge der Mehrwertsteueranhebung 2007 auf Produktion und Beschäftigung in Deutschland im Jahr 2006

Die Mehrwertsteuererhöhung zu Beginn des Jahres 2007 veranlaßt die Verbraucher, Käufe von langlebigen und hochwertigen Konsumgütern vorzuziehen, um den davon ausgelösten Preisanstieg zu umgehen. In der Prognose wird davon ausgegangen, daß die privaten Haushalte an den Waren, die mit dem normalen Mehrwertsteuersatz von 16% belegt sind, ca. 1% zusätzlich kaufen werden. Dies entspricht einem Umsatz von 3,25 Mrd. Euro. Dabei handelt es sich insbesondere um Personenkraftwagen, Personalcomputer und Zubehör, Geräte der Unterhaltungselektronik, Möbel und Haushaltsgeräte, Textilien, Bekleidung und Lederwaren sowie Uhren und Schmuck. Nur ein Teil dieser Käufe regt jedoch die inländische Produktion an, da sich die Konsumenten zwischen dem Kauf einheimischer und importierter Güter entscheiden können. Letztere berühren den inländischen Produktionsprozeß nur im Bereich Handel und Verkehr sowie Finanzierung und Versicherung.

Es gilt:

$$C = C_d + C_m \text{ und } C_d = (1-m) \cdot C, \text{ mit } m = C_m : C.$$

Hier bezeichnen:

C – vorgezogene Käufe, davon  $C_d$  - Güter aus einheimischer Produktion und  $C_m$  – Importe,  
m – Importquote.

Angenommen, für die Gegenstände der vorgezogenen Käufe gilt die zuletzt beobachtete durchschnittliche Importneigung der Konsumenten (vgl. Tabelle), so verbleiben von den zusätzlichen Konsumausgaben in Höhe von 3,25 Mrd. Euro nur 1,8 Mrd. Euro für im Inland produzierte Güter. Hinzu kommen vorgezogene Aktivitäten im Wohnungsbau, der nach der Abschaffung der Eigenheimzulage ein zwischenzeitliches Hoch erlebt. Der Importanteil ist hier vernachlässigbar gering, so daß die annahmegemäß vorgezogenen Bauleistungen in Höhe von  $\frac{3}{4}$  Mrd. Euro vollständig von einheimischen Produzenten bereits 2006 abgearbeitet werden. Damit belaufen sich die produktionswirksam vorgezogenen Aktivitäten zusammengenommen auf 2,5 Mrd. Euro, das sind rund 0,1% des Bruttoinlandsprodukts.

Die vorgezogenen Aktivitäten regen über die Vorleistungsverflechtungen nicht nur die Endprodukthersteller an, sondern auch deren Zulieferbereiche. Berechnungen mit dem statischen offenen Input-Output-Modell zeigen, daß die Vorzieheffekte der im Inland produzierten Güter einen gesamtwirtschaftlichen Anstieg des Outputs von insgesamt ca. 4,5 Mrd. Euro induzieren. Den größten Beitrag erbringen die Produktionsbereiche Baugewerbe, Möbel, Kraftwagen, Handel sowie die unternehmensbezogenen Dienstleistungen.

Hier gilt:

$$X_d = (I - A_d)^{-1} \cdot C_d, \text{ wo } X_d \text{ – den produktionswirksamen Output in Deutschland und } (I - A_d)^{-1} \text{ – die Leontief-Inverse der inländischen Inputkoeffizienten bezeichnen.}$$

Der Beschäftigungseffekt der Vorzieheffekte beträgt knapp 40 000 Personen bzw. 0,1%. Bei den Warenproduzenten dürfte die zusätzliche Produktion kaum mit Neueinstellungen verbunden sein, da die notwendige Mehrarbeit über Arbeitszeitkonten ausgeglichen werden kann. Hingegen werden vor allem im Handel zusätzliche Beschäftigte benötigt, wobei es sich vorwiegend um befristete Beschäftigungsverhältnisse handelt. Insgesamt sind die Produktions- und Beschäftigungseffekte der vorgezogenen Käufe gering.

Tabelle:

Anteil der Importe an den Konsumgüterkäufen der privaten Haushalte ausgewählter Erzeugnisgruppen in Deutschland im Jahr 2002,  
- in %

Textilien	67,7
Bekleidung	58,5
Leder und Lederwaren	78,8
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	52,1
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.	51,3
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte, u. ä.	70,8
Medizinische Geräte, meß- und regelungstechnische Erzeugnisse, optische Erzeugnisse, Uhren	37,7
Kraftwagen und Kraftwagenteile	29,8
Sonstige Fahrzeuge	46,0
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. ä.	35,2

Quelle: Statistisches Bundesamt: Input-Output-Tabelle 2002.

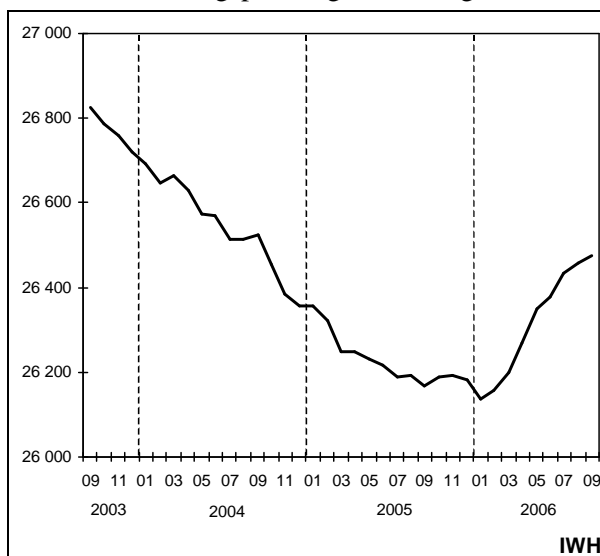
Tabelle 7:  
Eckdaten des Arbeitsmarktes in Deutschland  
- Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen -

	Deutschland			Westdeutschland (mit Berlin)			Ostdeutschland (ohne Berlin)		
	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007
Erwerbstätige (Inland)	38 823	39 054	39 203	33 224	33 444	33 628	5 599	5 610	5 575
darunter:									
ABM-Beschäftigte <sup>a</sup>	62	45	45	19	12	12	43	33	33
Zusatzjobs	225	294	335	133	190	220	92	104	115
Berufliche Vollzeitweiterbildung	100	90	95	70	60	70	30	30	25
Vorruheständler <sup>b</sup>	395	395	400	259	260	270	136	135	130
Arbeitslose <sup>c</sup>	4 861	4 515	4 362	3 566	3 320	3 192	1 295	1 195	1 170
Arbeitslosenquote <sup>d</sup> (in %)	11,1	10,4	10,0	9,7	9,0	8,7	18,8	17,6	17,3

<sup>a</sup> Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungs- und traditionellen Struktur Anpassungsmaßnahmen, Struktur Anpassungsmaßnahmen SAM OfW und Beschäftigungsschaffenden Infrastrukturmaßnahmen. – <sup>b</sup> Einschließlich der Arbeitslosen nach § 428 SGB III. – <sup>c</sup> Nationale Definition. Einschließlich aller Arbeitslosen in den optierenden Gemeinden. – <sup>d</sup> Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Statistisches Bundesamt (Rechenstand: November 2004); Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Rechenstand: August 2006); Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH; 2006: Schätzung, 2007: Prognose des IWH.

Abbildung 6:  
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Der Beschäftigungsaufbau konzentrierte sich vor allem auf die unternehmensnahen Dienstleister und hier – nach Einschätzung der Bundesagentur für Arbeit – vor allem auf Zeitarbeitsfirmen.<sup>9</sup> Auch die Zahl der Selbständigen nahm zu. Die staatlich subventionierten Arbeitsgelegenheiten (1-Euro-Jobs) trugen zur günstigen Entwicklung der Erwerbstätigkeit bei.

<sup>9</sup> Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, November 2006, S. 3.

Die registrierte Arbeitslosigkeit nahm 2006 um fast 350 000 Personen ab. Dies ist in erster Linie der gestiegenen Arbeitsnachfrage geschuldet. Auch der Rückgang der Zahl der Erwerbsfähigen und damit des Arbeitsangebots hatte erheblichen Einfluß.

Ein Indiz für die Besserung auf dem Arbeitsmarkt ist die Entwicklung der bei den Arbeitsagenturen gemeldeten offenen Stellen. Der Bestand an nicht geförderten offenen Stellen stieg von Januar bis November von ca. 282 000 auf 402 000 Vakanzen.<sup>10</sup> Außer in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe kam es in allen Wirtschaftszweigen zu einem Aufbau des Stellenbestandes.

Im Jahr 2007 wird sich Besserung auf dem Arbeitsmarkt infolge des schwächeren Produktionswachstums und trotz anhaltend sinkender Lohnstückkosten zunächst nicht fortsetzen. Die Arbeitnehmer, die zur Bewältigung der Nachfragespitzen in der zweiten Hälfte des Jahres 2006 eingestellt wurden, dürften größtenteils aus den Unternehmen ausscheiden. Dabei handelt es sich zu einem großen Teil um ausschließlich geringfügig Beschäftigte bzw. zeitlich befristete Arbeitnehmer im Handel.

<sup>10</sup> Hierbei handelt es sich nur um die bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Vakanzen. Die tatsächliche Zahl an offenen Stellen ist wesentlich höher, vgl. hierzu KETTNER, A.; SPITZNAGEL, E.: Gesamtwirtschaftliches Stellenangebot: kräftiger Anstieg nach jahrelangem Rückgang. IAB-Kurzbericht Nr. 06/2006.

Tabelle 8:  
Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in  
Deutschland 2005 und 2006

	2005	2006	Veränderung
	1000 Personen		
Arbeitnehmer (Inland)	34 467	34 671	204
SV-pflichtig Beschäftigte	26 237	26 356	119
geförderte <sup>a</sup>	158	167	9
nicht geförderte	26 079	26 189	110
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 771	4 779	8
1-Euro-Job (Variante: Mehraufwandsentschädigung) <sup>b</sup>	217	277	60
Sonstige	3 242	3 259	17
Selbständige einschl. mithelfende Familienangehörige	4 356	4 383	27
Geförderte Selbständige	323	315	-8
Ich-AG	234	222	-12
Überbrückungsgeld	83	67	-16
Einstiegs geld (Variante: Selbständigkeit)	6	19	13
Gründungszuschuß		7	7
Nicht geförderte Selbständige	4 033	4 068	35
Erwerbstätige (Inland)	38 823	39 054	231
<i>Darunter:</i>			
Geförderte Erwerbstätige	674	752	78
<i>Nachrichtlich:</i>	Mio. Stunden		
Arbeitsvolumen	55 804	56 096	292

<sup>a</sup> Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen; Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuß bei beruflicher Weiterbildung; Einstiegs geld für abhängig Beschäftigte; 1- Euro-Job (Entgeltvariante). – <sup>b</sup> Einschließlich Arbeitsgelegenheiten nach der Initiative für Arbeitslosenhilfeempfänger (Restabwicklung).

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Rechenstand: August 2006); Berechnungen des IWH. 2006: Schätzung, 2007: Prognose des IWH.

In den Bereichen, in denen langlebige Konsumgüter produziert werden, dürfte das Beschäftigungsniveau gehalten werden, da dort die aufgelaufenen Mehrarbeitsstunden aus dem Vorjahr in der Phase der „Flaute“ abgebaut werden können. Im weiteren Verlauf des Jahres werden mit zunehmender Expansion der Produktion zusätzliche Arbeitnehmer eingestellt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird gegenüber dem Vorjahr um ca. 90 000 Personen steigen, und im Jahresdurchschnitt werden im Ver-

gleich zum Vorjahreswert ca. 40 000 Arbeitsangelegenheiten zusätzlich angeboten. Mit dem dann erreichten Bestand von 360 000 Arbeitsgelegenheiten dürfte die Obergrenze erreicht sein, da dann das von der Regierung anvisierte Ziel erreicht sein wird. Insgesamt dürfte im Jahresdurchschnitt 2007 die Erwerbstätigkeit gegenüber dem Vorjahr um ca. 150 000 zunehmen.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen sinkt im Jahr 2007 erneut. Alles in allem wird sich in der zweiten Jahreshälfte die Lage auf dem Arbeitsmarkt wieder bessern.

Die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung zu Beginn des Jahres 2007 trägt zu einer Verringerung der Lohnnebenkosten bei. Allerdings wird diese Beitragssenkung teilweise durch die Erhöhung der Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung kompensiert. Per saldo werden dadurch die Arbeitskosten um etwa 1,5% sinken. Insgesamt dürfte die Senkung der Lohnnebenkosten vor allem vorhandene Arbeitsplätze sichern helfen.

#### **Staatsfinanzen: Sanierung über die Einnahmen**

Die Lage der öffentlichen Haushalte hat sich im Jahr 2006 merklich entspannt. Das gesamtstaatliche Defizit fällt mit 49 Mrd. Euro deutlich niedriger aus als noch zu Beginn des Jahres erwartet wurde. Die Defizitquote wird mit 2,1 Prozent erstmals seit 2001 wieder unterhalb der vom Stabilitäts- und Wachstumspakt gesetzten Drei-Prozent-Grenze liegen. Maßgeblich dafür war in diesem Jahr der konjunkturelle Aufschwung. Er führte zu steigenden Einnahmen bei der Mehrwertsteuer und den gewinnabhängigen Steuern (Körperschaft-, Gewerbe- und veranlagte Einkommensteuer). Der Einnahmewachstum bei der Lohnsteuer und den Sozialversicherungsbeiträgen fiel schwächer aus, weil die Beschäftigungsentwicklung nur langsam dem Konjunkturaufschwung folgt. Insgesamt sind die Staatseinnahmen im Jahr 2006 um 3,1 Prozent gewachsen.

Die Ausgaben trugen nur wenig zur Senkung des Staatsdefizits bei. Zwar gingen die Personalausgaben leicht zurück, etwa durch die Kürzung von Sonderzahlungen an Staatsbedienstete. Allerdings sorgte die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen (vor allem bei den Arzneimittelausgaben) und beim Arbeitslosengeld II im ersten Halbjahr noch für einen stärkeren Ausgabenanstieg in

diesen Bereichen. Dieser wird durch inzwischen in Kraft getretene Spargesetze gebremst. Mit dem Arzneimittelversorgungs-Wirtschaftlichkeitsgesetz, das seit 1. Mai 2006 gilt, ist die Kostenentwicklung bei den Arzneimitteln inzwischen wieder deutlich abgeflacht. Die im Laufe des Jahres 2006 in Kraft getretenen Gesetze zum Arbeitslosengeld II bremsten die Ausgaben für Langzeitarbeitslose. Insgesamt betrug der Ausgabenanstieg 0,6 Prozent.

Auch im Jahr 2007 wird das Defizit der öffentlichen Haushalte weiter sinken – auf 29 Mrd. Euro oder 1,2 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Auch diese Entwicklung ist den Einnahmen des Budgets zuzuschreiben. So sorgt allein die Erhöhung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer für eine Zunahme der Staatseinnahmen um über 22 Mrd. Euro. Weitere Einnahmenerhöhungen ergeben sich aus der Streichung von Steuervergünstigungen. Die verbesserte Lage am Arbeitsmarkt führt zu einem steigenden Aufkommen an Lohnsteuer. Die weiterhin günstige wirtschaftliche Entwicklung sorgt auch bei den gewinnabhängigen Steuern zu einem Zuwachs. Mindereinnahmen ergeben sich vor allem durch die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung.

Die Staatsausgaben insgesamt wachsen um 0,7%, und damit weiterhin verhalten. Aufgrund der günstigen Einnahmenentwicklung bei der Gewerbesteuer werden die Gemeinden allerdings wieder mehr Mittel für Investitionen bereitstellen können.

Neue Finanzierungsengepässe entstehen bei der gesetzlichen Krankenversicherung: Der Bundeszuschuß aus der Tabaksteuer wird 2007 um 1,7 Mrd. Euro gesenkt, die Mehrwertsteuererhöhung belastet auch die Krankenkassen, außerdem sollen die Kassen bis zur Einführung des neuen Gesundheitsfonds Anfang 2009 sämtliche Schulden abbauen. Um dies bewältigen zu können, werden im Jahr 2007 Erhöhungen der Beitragssätze von etwa 0,4 Prozentpunkten unvermeidlich sein. Insgesamt werden die Staatseinnahmen 2007 um 2,7 Prozent wachsen.

## Ostdeutschland

Der konjunkturelle Aufschwung hat auch die Wirtschaft der neuen Bundesländer erfaßt. Die starke Nachfrage aus dem Ausland sowie die schwungvolle deutschlandweite Investitionskonjunktur haben vor allem die Industrieproduktion angeregt.

Der Einfluß der Vorzieheffekte im Konsumgüterbereich dürfte dagegen gering ausgefallen sein; denn der Anteil der Produzenten langlebiger, preisintensiver Konsumgüter ist in den neuen Ländern mit 7% verhältnismäßig klein. Unterstützt wurde der kraftvolle Auftrieb durch die im Vergleich zu Anbietern aus dem früheren Bundesgebiet bestehenden Kostenvorteile. Die Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe liegen reichlich 10% unter dem Stand in den alten Bundesländern. Dieser Vorteil wird auch nicht durch die etwas höhere Vorleistungsquote aufgehoben.

Das Baugewerbe hat seine Talfahrt unterbrochen. Insbesondere hat es von Großprojekten in der ostdeutschen gewerblichen Wirtschaft, zum Teil aber auch von den Sonderentwicklungen im Wohnungsbau profitiert. Von dort gingen Impulse auf den Bereich Steine und Erden aus. Vom Aufschwung im Produzierenden Gewerbe wurden die unternehmensnahen Dienstleister sowie der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung stimuliert. Schließlich hat das Gastgewerbe im Sommerhalbjahr, wenn auch regional differenziert, von der Austragung der Fußballweltmeisterschaft profitiert. Der Handel ist angesichts der geringen Entwicklung der Kaufkraft in den neuen Bundesländern nur schwach in Schwung gekommen. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts blieb mit 2% etwas hinter dem in den alten Bundesländern zurück. Im Jahr 2007 wird sich die Expansion fortsetzen. Im Zusammenhang mit der allgemeinen Verlangsamung des Aufschwungs dürfte sich das Tempo allerdings abschwächen. Der Nachfrageausfall beim Konsum wird nicht nur direkt, sondern vor allem indirekt über die engen Vorleistungsverflechtungen mit westdeutschen Produzenten zu spüren sein. Der größte Wachstumsbeitrag kommt erneut vom Verarbeitenden Gewerbe. Die Bauproduktion wird nach dem Abklingen der Sonderentwicklungen wieder sinken. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 um 1% steigen.

Mit der Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Jahr 2006 nicht weiter verschlechtert.<sup>11</sup> Die Zahl der Erwerbstätigen nahm gegenüber dem Vorjahr sogar geringfügig um ca. 10 000 bzw. 0,2% zu,

---

<sup>11</sup> Vgl. BRAUTZSCH, H.-U.: Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland: Leichte Besserung der Arbeitsmarktlage, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 12/2006, S. 353-355.

und die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse stabilisierten sich. Das Arbeitsvolumen stieg allerdings nur um 0,1%. Dies spricht dafür, daß Vollzeitarbeitsplätze durch Teilzeit- oder ausschließlich geringfügig Beschäftigte ersetzt wurden.

Beschäftigungszuwächse gab es insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe, das nach wie vor kräftig expandiert. Vom Zuwachs der Industrieproduktion profitierten auch die unternehmensnahen Dienstleister, die zusätzliche Arbeitskräfte einstellten. Ausschlaggebend für den Beschäftigungsaufbau war insgesamt die konjunkturelle Entwicklung. Die Arbeitsmarktpolitik hatte daran wenig Anteil. Die Zahl der geförderten Beschäftigungsverhältnisse verharrte auf dem Niveau vom Vorjahr und betrug im Durchschnitt des Jahres etwa 260 000. Etwa 5% aller Arbeitsplätze in Ostdeutschland werden staatlich gefördert (Westdeutschland: 1,4%).

Im Jahr 2007 wird sich die an sich schon schwierige Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt erneut verschlechtern. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte wieder sinken, die Produktivität kräftiger als die Produktion steigen. Einfluß auf das Ausmaß des Rückgangs der Beschäftigung werden allerdings auch die Lohnabschlüsse haben. Werden die Vorteile bei den Arbeitskosten gegenüber der Konkurrenz beispielsweise durch Schritte zur Angleichung der Löhne in den neuen Bundesländern an das Westniveau aufgezehrt, ist mit Personalabbau oder erneuter Verschärfung der Tarifflucht zu rechnen.

Dennoch wird sich die registrierte Arbeitslosigkeit – wie bereits in den Vorjahren – weiter verringern, da das Arbeitsangebot aufgrund der demographischen Entwicklung erneut kräftig sinkt. Die Arbeitslosenquote wird doppelt so hoch bleiben wie in den alten Bundesländern. Die gespaltene Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt setzt sich fort.

## Zur Wirtschaftspolitik

### *Finanzpolitischer Kurs widersprüchlich*

Der Rückgang des staatlichen Budgetdefizits ist gegenüber den Vorjahren ein Fortschritt. Freilich ist trotz wirtschaftlichen Aufschwungs der Budgetsaldo negativ: Es wird kein ausgeglichener Haushalt erreicht und die Staatsschulden steigen

nach wie vor. Die Anstrengungen zur Sanierung der Staatsfinanzen dürfen deshalb nicht nachlassen. Der derzeitige Weg ist jedoch problematisch. Die Sanierung der Staatsfinanzen erfolgt zur Zeit überwiegend über die Einnahmen des Staates, zum einen durch den konjunkturellen Aufschwung, zum anderen über die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Dagegen ist der Sinn vieler Staatsausgaben äußerst fraglich, so daß eine Sanierung über Ausgabenkürzungen der bessere Ansatz wäre.

So bleibt der Subventionsabbau hinter den Möglichkeiten zurück. Subventionen verhindern in vielen Fällen effiziente Marktergebnisse, ohne damit allgemein verfolgte verteilungspolitische Ziele zu erreichen. Vielmehr spiegeln sie eher den Einfluß gut organisierter Interessengruppen auf die Politik wider. Der Abbau von Subventionen ist deshalb nicht nur als Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen zu verstehen, sondern steigert auch die Effizienz der Märkte und entspricht oft auch verteilungspolitischen Normen. Einsparmöglichkeiten bestehen zum Beispiel bei den Steinkohle-Subventionen, der Steuerfreiheit von Zuschlägen für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit und den Ausnahmetatbeständen bei der Ökosteuer für energieintensive Betriebe.

Mit der Unternehmensteuerreform 2008 verfolgt die Bundesregierung insbesondere das Ziel, den Standort Deutschland für Investitionen attraktiver zu machen. Dabei ist beabsichtigt, die Unternehmen um netto 5 Mrd. Euro zu entlasten. Bei Kapitalgesellschaften soll die Steuerbelastung von einbehaltenen Gewinnen von derzeit über 38 Prozent auf unter 30 Prozent sinken. Einbehaltene Gewinne von Personengesellschaften sollen in Zukunft nicht höher besteuert werden als bei Kapitalgesellschaften, wovon vorwiegend große Personengesellschaften profitieren. Für ausgeschüttete Gewinne ist ab 1. Januar 2009 zusätzlich eine neue Abgeltungssteuer von 25 Prozent geplant, mit der die Besteuerung nach dem derzeitigen Halbeinkünfteverfahren ersetzt werden soll. Um den versteckten Gewinntransfer in das steuergünstigere Ausland zu verhindern, sollen in Zukunft Zinsaufwendungen, die den Betrag von 1 Mio. Euro übersteigen, nur noch zu maximal 30 Prozent des Gewinns als Kosten abzugsfähig sein (Zinsschranke). Dies soll bestehende Regelungen zur Begrenzung der Gesellschafter-Fremdfinanzierung ersetzen. Die Zinsschranke ist aufgrund des hohen Freibetrags nur für sehr große Unternehmen relevant.



Keinen Fortschritt stellt die geplante Unternehmensteuerreform in Hinblick auf die Entscheidungsneutralität dar. Während einbehaltene Gewinne nur unter die Gewerbe- und Körperschaftsteuer fallen und gezahlte Zinsen normalerweise nur mit der Abgeltungssteuer belastet werden, werden auf ausgeschüttete Gewinne alle diese Steuern erhoben. Es bleibt somit bei der steuerlichen Bevorzugung der Finanzierung durch Kredite und durch reinvestierte Gewinne, während Eigenkapitalgeber in Bezug auf ihre Gewinnausschüttung benachteiligt werden.

Die Bundesregierung strebt grundsätzlich danach, die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme weniger durch lohnabhängige Beiträge und mehr durch Steuern sicherzustellen. Dieses Ziel ist sinnvoll, weil dadurch die soziale Sicherung vom Umfang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung unabhängiger wird und die Abgabenbelastung der Beschäftigung von Arbeitskräften gesenkt wird. Außerdem gelten nach Berechnungen des Sachverständigenrats ohnehin von den jährlichen Leistungen der Sozialversicherung über 130 Mrd. Euro als versicherungsfremd. In diesem Umfang finanzieren die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und ihre Arbeitgeber allein Leistungen, die eigentlich von der Gesellschaft insgesamt zu tragen wären. Sinnvoll wäre es, zumindest diese versicherungsfremden Leistungen aus Steuermitteln aufzubringen. Im Jahr 2006 beteiligt sich der Staat allerdings nur mit 59,1 Mrd. Euro an diesen Kosten.

Die Umfinanzierung hin zu Steuern wird allerdings von der Bundesregierung widersprüchlich betrieben. Bei der Arbeitslosenversicherung wird der Beitragssatz um 2,3 Prozentpunkte gesenkt, was teilweise durch einen erhöhten Steuerzuschuß aus der Mehrwertsteuererhöhung gegenfinanziert wird. Hier werden also Sozialversicherungsbeiträge durch Steuern substituiert. Bei der Kranken- und der Rentenversicherung geschieht jedoch das Gegenteil: In der gesetzlichen Krankenversicherung wird im Jahr 2007 der Steuerzuschuß zunächst gesenkt, bevor er dann ab 2009 wieder erhöht werden soll. Für 2007 wird mit einer Erhöhung der Beitragssätze um durchschnittlich 0,4 Prozentpunkte gerechnet. Bei der Rentenversicherung wird der Steuerzuschuß ab 2007 um pauschal 340 Mio. Euro jährlich gemindert, und der Bund zahlt für Langzeitarbeitslose weniger Beiträge ein, wodurch er 2 Mrd. Euro jährlich einsparen möchte.

Dem steht die Erhöhung des Rentenversicherungsbeitrags um 0,4 Prozentpunkte gegenüber. Per saldo werden 2007 die Beitragssätze zur Sozialversicherung um voraussichtlich 1,5 Prozentpunkte gesenkt.

Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wird nun um 2,3 Prozentpunkte gesenkt, nachdem zunächst nur eine Senkung um 2 Prozentpunkte vorgesehen war. Hintergrund ist die aktuell günstige Finanzlage der Bundesagentur für Arbeit, die zur Diskussion über eine weitergehende Beitragssenkung führte. Dem gegenüber ist es jedoch falsch, eine allein konjunkturelle Verbesserung der Finanzlage der Bundesagentur zu Beitragssenkungen zu nutzen. Ziel sollte stattdessen sein, den Beitragssatz über den Konjunkturzyklus konstant zu halten, damit die Beitragsgestaltung im Konjunkturverlauf nicht prozyklisch wirkt. Die Beitragssenkung sollte auf den Umfang beschränkt werden, in dem sie durch den zusätzlichen Steuerzuschuß, durch Einsparungen in der Verwaltung und die Reduzierung von langfristig angelegten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gegenfinanziert wird. Konjunkturell bedingte Überschüsse sollten eher zum Aufbau einer Rücklage für künftige Krisenzeiten genutzt werden.

### ***Beschäftigungsneutrale Lohnpolitik fortsetzen***

Die Achillesferse des aktuellen Aufschwungs in Deutschland bleibt der Konsum der privaten Haushalte. Zwar hat er in der zweiten Hälfte des Jahres 2006 infolge vorgezogener Käufe zur Umgehung des Preisanstiegs nach der Mehrwertsteueranhebung angezogen. Allerdings blieb insbesondere die Entwicklung der realen Erwerbseinkommen dahinter zurück, und die privaten Haushalte sparten weniger. Es stellt sich die Frage, welche Entwicklung der Löhne die Konsumnachfrage begünstigen kann.

Im Jahr 2007 steht eine neue Runde der Lohnverhandlungen an. Im Vorfeld sind hohe Lohnforderungen laut geworden. Vor dem Hintergrund der konjunkturell guten Lage und der gestiegenen Produktivität der Unternehmen hat sich in der Tat der Verteilungsspielraum erhöht (vgl. Tabelle 9). Insofern sind Lohnzuwächse wirtschaftlich vertretbar, zumal die Produktivität nicht aufgrund von Entlassungen gestiegen ist. Im Gegenteil, es wurde Beschäftigung aufgebaut. Angesichts der immer noch hohen Arbeitslosigkeit sollte jedoch die Lohnpoli-

tik mindestens beschäftigungsneutral bleiben. Geht man von einem trendmäßigen Wachstum der Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde von 1,2% aus, und veranschlagt die Inflationsrate, bereinigt um den Mehrwertsteuereffekt und die Erhöhung der administrierten Preise, mit 1%, sollten die Tariflöhne im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt um etwa 2% steigen. Allerdings sollten die Lohnzuwächse differieren zwischen dauerhaften und einmaligen Zahlungen. Letztere sollten in Abhängigkeit von der Ertragslage der Unternehmen zeitlich begrenzt werden. Die Tarifabschlüsse sollten auch die differenzierten Knappheitsrelation bei den Fachkräften in Rechnung stellen. Eine beschäftigungsfreundliche Lohnpolitik unterstützt den Konsum auch, weil das Vorsorgesparen eingedämmt wird.

Tabelle 9:  
Entwicklung der Löhne und Lohnstückkosten in Deutschland  
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

	2004	2005	2006	2007
Tariflöhne <sup>a</sup>	1,2	1,0	1,1	1,8
Effektivlöhne <sup>a</sup>	0,8	0,7	0,3	1,3
Arbeitskosten <sup>b</sup>	0,6	0,3	0,3	0,8
Lohnstückkosten <sup>c</sup>	-0,1	-1,0	-1,6	-0,5
<i>Nachrichtlich:</i>				
Produktivität <sup>d</sup>	0,7	1,3	1,9	1,2

<sup>a</sup> Angaben je Arbeitsstunde (Inland). – <sup>b</sup> Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde (Inland). – <sup>c</sup> Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde (Inland) in Relation zur realen Bruttowertschöpfung je Arbeitsstunde. – <sup>d</sup> reale Bruttowertschöpfung je Arbeitsstunde.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2006: Prognose des IWH.

### ***Nachsteuern in der Arbeitsmarktpolitik***

Die neuesten Reformen beim Arbeitslosengeld II (Hartz IV) folgen ausschließlich fiskalischen Überlegungen. Sie sind die Reaktion auf den unerwarteten Kostenanstieg seit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II. Insgesamt sollen 4 Mrd. Euro eingespart werden, davon allein 2 Mrd. Euro durch die Senkung des Rentenversicherungsbeitrags für die Arbeitslosengeld II-Empfänger. Die restlichen 2 Mrd. Euro sollen durch stärkere Kontrollen und einen weiter erhöhten Druck zur Arbeitsaufnahme eingespart werden. Die Frage, ob der Kostenanstieg aber tatsächlich aus der Zunahme von Lei-

stungsmißbrauch entstand oder ob er stattdessen Ergebnis der Offenlegung von bislang verdeckter Armut ist, wurde überhaupt nicht geprüft. Immerhin führte der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung für die Zeit vor der Hartz IV-Reform Armut in Deutschland auch auf die Nicht-Inanspruchnahme der Sozialhilfe durch Berechtigte zurück. Ursachen waren v.a. Stigmatisierungsängste und Informationsdefizite.<sup>12</sup> Dies lag darin begründet, daß Anspruchsberechtigte sich für die Beantragung schämten, über die Bedingungen der Leistungsgewährung falsch informiert waren oder an bürokratischen Hürden scheiterten. Auch die jetzt eingeführten Verschärfungen und zusätzlichen Kontrollen werden voraussichtlich nicht die Treffsicherheit dieser Sozialleistung erhöhen. Notwendig wäre es, bei Langzeitarbeitslosen weniger auf bürokratische Kontrollen zu setzen und stattdessen z. B. die finanziellen Leistungsanreize etwa durch verbesserte Hinzuverdienstregelungen zu stärken.<sup>13</sup>

### ***Geldpolitische Strategie im Kreuzfeuer***

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat im Dezember 2006 den maßgeblichen Leitzins auf 3,5% erhöht und so die Refinanzierung der Banken binnen Jahresfrist um 1,5 Prozentpunkte verteuert. Die kurzfristigen Realzinsen haben sich dem konjunkturalneutralen Niveau weiter angenähert, während die realen Kapitalmarktzinsen noch immer ausgesprochen niedrig sind; beide betragen derzeit etwa 2%.<sup>14</sup>

<sup>12</sup> Vgl. WILDE, J.; KUBIS, A.: Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfe. Eine empirische Analyse des Unerwarteten, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik Bd. 225/3 (2005), S. 347-373. – BUNDESREGIERUNG: Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2005).

<sup>13</sup> Darüber hinaus ist auch das System zur Betreuung der Arbeitslosengeld II-Empfänger verbesserungsfähig, vgl. dazu WILDE, J.: Ein Konzept der Anreizethik zur Weiterentwicklung der sozialen Grundsicherung nach Hartz IV. IWH-Diskussionspapiere Nr. 1/2006.

<sup>14</sup> Der kurzfristige Realzins wird hier anhand der Differenz zwischen Dreimonatszinssatz und Kernrate des HVPI (ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) gemessen. Der langfristige Realzins hingegen wird bestimmt, indem von den Renditen öffentlicher Anleihen von Staaten des Euroraumes mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren die erwartete langfristige Inflationsrate abgezogen wird. Letztere ergibt sich aus den Expertenbefragungen der EZB.

Die Gefahren für die Preisniveaustabilität sind aber mit den erfolgten Zinserhöhungen noch nicht unbedingt gebannt. So ist die Liquiditätsausstattung im Euroraum immer noch sehr großzügig, zumal sie verstärkt in Verbindung mit einer kräftigen Kreditexpansion steht. Zudem trägt die aus Sicht der EZB robuste und auf eine breitere Basis gestellte realwirtschaftliche Entwicklung dazu bei, daß Lohnabschlüsse höher als bislang erwartet ausfallen könnten.

Zunehmend bedeutsam scheint jedoch, ob die EZB die Inflationserwartungen im Euroraum auch weiterhin auf dem bisherigen Niveau stabilisieren kann. Denn fest verankerte Inflationserwartungen sind eine notwendige Voraussetzung dafür, daß eine Zentralbank in einem wirtschaftlichen Aufschwung einen neutralen Kurs steuern kann. Hier zeichnen sich jedoch derzeit aus unterschiedlichen Richtungen Risiken für eine weiterhin erfolgreiche Steuerung der Inflationserwartungen ab. Zum einen ist die Debatte über die Rolle von monetären Aggregaten in der geldpolitischen Strategie neu aufgelegt worden. Zum anderen wurde in jüngster Zeit die Unabhängigkeit der EZB in Frage gestellt.

Auslöser für die neuerliche Kritik an der monetären Säule der EZB-Strategie war, daß selbst in Kreisen der EZB die Bedeutung monetärer Aggregate für die praktische Umsetzung der Geldpolitik im Euroraum in Frage gestellt zu sein scheint.<sup>15</sup> Unabhängig von der Frage, ob die monetäre Analyse die ihr offiziell zugeschriebene herausragende Stellung wirklich verdient, birgt die Verunsicherung über die tatsächlichen Beweggründe für geldpolitische Entscheidungen der EZB eine Gefahr für die Preisniveaustabilität.<sup>16</sup> Es ist für den Erfolg gerade einer relativ jungen Institution wie der EZB unabdingbar, daß Vorhersagen über ihr Verhalten aus den kodifizierten Regeln abgeleitet werden können. Denn nur dann ist es für die Geldpolitik möglich, die Inflationserwartungen trotz temporärer Schwankungen in der tatsächlichen Teuerung auf einem Niveau zu verankern, das mit Preisstabilität vereinbar ist. Bislang wurde dieses Ziel mit

dem bestehenden Regelwerk offenbar erreicht. Diskussionen über Änderungen der Strategie hingegen verunsichern Unternehmen, Haushalte und Finanzmärkte und stellen so eine Gefahr für die Stabilität von Inflationserwartungen dar. Auch könnte die Erwartungsbildung der Privaten bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung beeinträchtigt werden, wenn die tatsächlichen Beweggründe der geldpolitischen Entscheidungen verborgen blieben. Denn nur wer sich auf die offizielle Darlegung der Gründe für geldpolitische Entscheidungen verlassen kann, ist in der Lage, die eigenen Kenntnisse über die konjunkturelle Entwicklung um die Analysen der Zentralbank zu erweitern. Deshalb sollte die EZB unmißverständlich deutlich machen, daß sie sich in bewährter Weise an das von ihr selbst auferlegte Regelwerk hält, solange dieses nicht in Widerspruch mit dem Ziel der Wahrung der Preisniveaustabilität steht.

Die andere Gefahr für stabile Inflationserwartungen kommt von Seiten der Politik. Forderungen nach einer Koordination der Wirtschaftspolitiken im Euroraum oder gar nach einer Mitverantwortlichkeit der Geldpolitik für das Erreichen anderer Ziele, wie der kurzfristigen Förderung von Beschäftigung, stehen nicht grundlos im Widerspruch mit den Statuten der Europäischen Geldpolitik. Auch Versuche von Vertretern europäischer Regierungen, die mit einer Rückführung der monetären Expansion möglicherweise verbundenen Mehrkosten für die öffentlichen Haushalte in die öffentliche Debatte einzuführen, stellen einen Eingriff in die Unabhängigkeit der EZB dar. In gleicher Weise kritisch sind Vorschläge anzusehen, nach denen die Verantwortlichkeit für die Währungsrelationen aus den Händen der Zentralbank genommen werden soll; dies bedeutete für die EZB letztlich eine erhebliche Einschränkung beim zielgerechten Einsatz ihrer geldpolitischen Instrumente. Das vorrangige Ziel der Geldpolitik muß weiterhin die Wahrung der Preisniveaustabilität im Euroraum bleiben, und nur soweit dies ohne Beeinträchtigung des Ziels der Preisniveaustabilität möglich ist, kann die EZB einen Beitrag zur Unterstützung der allgemeinen Wirtschaftspolitik leisten. Wenn die Geldpolitik in den Verdacht geraten würde, Versäumnisse oder Fehler bei der Finanz-, Lohn- oder Arbeitsmarktpolitik zu finanzieren, dann bestünden ernst zu nehmende Gefahren für die Glaubwürdigkeit der EZB und die Inflationserwartungen zögen an. Um diesen zu begegnen,

<sup>15</sup> Vgl. FISCHER, B.; LENZA, M.; PILL, H.; REICHLIN, L.: Money and monetary policy: The ECB experience, Vortrag auf der 4th ECB Central Banking Conference, Frankfurt am Main, 9./10. November 2006.

<sup>16</sup> Zur Bedeutung monetärer Aggregate vgl. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR: Deutsche Wirtschaft 2006/2007: Aufschwung mit Januskopf, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2006, S. 6-26.

wäre eine nach wie vor auf Preisniveaustabilität ausgerichtete Geldpolitik gezwungen, die monetären Zügel über einen neutralen Kurs hinaus zu straffen.

Bislang sind die mittel- und langfristigen Inflationserwartungen im Euroraum stabil und mit Preisniveaustabilität vereinbar, und das bei relativ günstigen Konjunkturaussichten. Daher genügt es für die EZB wohl derzeit noch, lediglich einen

neutralen Kurs anzusteuern, und die Zinsen auf ein Niveau bis 3,75% zu heben.

*Arbeitskreis Konjunktur*

*Udo Ludwig (Udo.Ludwig@iwh-halle.de)*

*Marian Berneburg, Hans-Ulrich Brautzsch, Diemo Dietrich, Ruth Grunert, Ingmar Kumpmann, Axel Lindner, Brigitte Loose, Rolf Scheufele, Götz Zeddies*

## Verdrängt und vergessen? Geringqualifizierte auf dem Arbeitsmarkt

In Deutschland ist es in den letzten Jahren nicht gelungen, die Probleme auf dem Arbeitsmarkt zu lösen oder zumindest nennenswert abzumildern. Aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht dienen vor allem Löhne als Ausgleichsmechanismus zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Nur wenn Arbeit billiger wird – d. h., die Löhne bzw. Lohnnebenkosten sinken – kann sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt entspannen, so der Tenor wirtschaftspolitischer Beratung. Vor diesem Hintergrund wurde und werden im aktuellen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Diskurs immer wieder Lohnsubventionsmodelle diskutiert, wie etwa das der Mini-/Midi-Jobs oder der Kombilöhne und andere Subventionsmodelle für private Arbeitgeber. Diese Maßnahmen und Modelle zur Erhöhung von Beschäftigungschancen wurden in der öffentlichen Debatte bereits ausführlich erörtert und analysiert.

Der vorliegende Beitrag stellt weitere Faktoren, die die Beschäftigungschancen beeinflussen, in den Mittelpunkt: soft skills oder weiche Qualifikationsmerkmale der Beschäftigungsfähigkeit. Der Aspekt der nicht formalen Merkmale wie deren Bedeutung für die Beschäftigungsfähigkeit und -chancen werden erst in wenigen, neueren Ansätzen in der bisherigen Forschungslandschaft diskutiert. Die These dieses Artikels ist es, daß der Grad der individuellen Ausstattung mit diesen weichen Merkmalen die Beschäftigungschancen eines Bewerbers verbessern können und bereits heute wichtiger „Prüfungs“-Bestandteil des Personalrekrutierungsverfahrens der Unternehmen sind. Vermutet werden kann, daß diese Bedeutung noch zunehmen wird.

Betrachtet wird im folgenden die Gruppe der Un- und Geringqualifizierten, da diese nicht nur

häufiger arbeitslos als Akademiker, Facharbeiter und qualifizierte Beschäftigte ist, sondern ihre Arbeitslosenquote auch schneller ansteigt. Eine Verbesserung der Beschäftigungschancen ist für diese Personengruppe demnach besonders wichtig. Im vorliegenden Artikel wird ein Überblick über die Arbeitsmarktsituation der Un- und Geringqualifizierten gegeben und ein theoretischer Erklärungsansatz diskutiert. Des weiteren werden die Veränderungen der Beschäftigungschancen Un- und Geringqualifizierter aufgezeigt.

### *Die Situation der Un- und Geringqualifizierten am Arbeitsmarkt*

Die problematische Situation der Un- und Geringqualifizierten auf dem Arbeitsmarkt wird anhand verschiedener Daten deutlich. Die Betrachtung der Erwerbs- und Arbeitslosenquoten für Gesamtdeutschland 2003 zeigt, daß bei vergleichsweise geringer Erwerbsbeteiligung der Geringqualifizierten deren Arbeitslosigkeit relativ hoch ist (Abbildung 1).

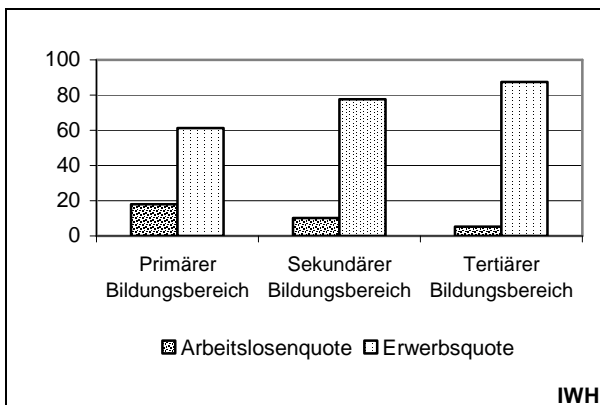
Bei den Erwerbspersonen ohne berufliche Ausbildung (primärer Bildungsbereich)<sup>17</sup> lag im Jahr 2003 die Arbeitslosenquote mit 18% deutlich über

---

<sup>17</sup> Hierbei handelt es sich um die Stufen 1 und 2 der International Standard Classification of Education 1997 (ISCED-97). Diese umfassen die Kategorien kein Abschluß, Haupt-/Realschulabschluß bzw. die gymnasiale Unterstufe. Der Sekundäre Bildungsbereich umfaßt die duale Berufsausbildung, Berufsfachschulen und die gymnasiale Oberstufe (ISCED-97, Stufe 3 und 4). Der tertiäre Bildungsbereich umfaßt Abschlüsse an Fachhochschulen, Berufsakademien, Hochschulen sowie die Promotion (ISCED-97, Stufen 5 und 6). Die ISCED wurde von der UNESCO zur Klassifizierung und Charakterisierung von Schultypen und Schulsystemen entwickelt.

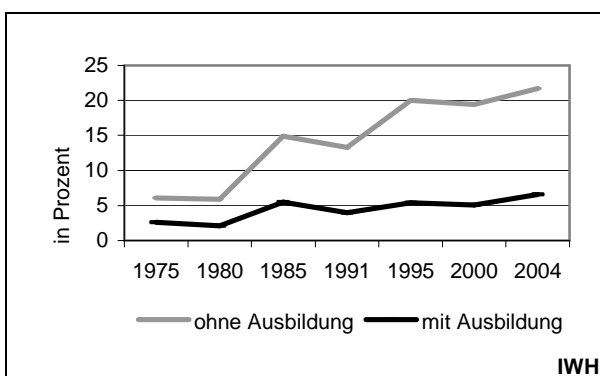
der Arbeitslosenquote der Höherqualifizierten. Bei letzteren lagen die Arbeitslosenquoten bei 10,2% (Personen mit Abschlüssen des sekundären Bildungsbereichs) und 5,2% (bei Personen mit Bildungsabschluß aus dem tertiären Bereich). In beiden Gruppen ist die Erwerbsquote zudem deutlich höher als bei den Geringqualifizierten (77,2 bzw. 87,5% im Vergleich zu 61,2%). Betrachtet man die qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten im Zeitverlauf, so zeigt sich, daß es für Un- und Geringqualifizierte in den letzten drei Jahrzehnten immer schwieriger wurde, in Beschäftigung zu gelangen (Abbildung 2).

Abbildung 1:  
Erwerbs- und Arbeitslosenquoten nach Bildungsabschlüssen 2003



Quelle: OECD Employment Outlook 2005, Statistical Annex.

Abbildung 2:  
Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten der alten Bundesländer und Berlin-West 1975-2004

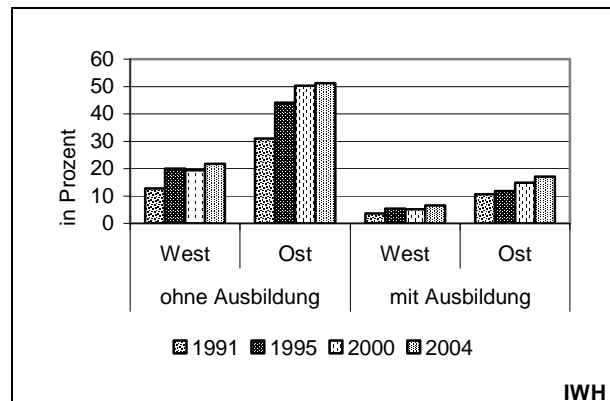


Quellen: Reinberg, A.; Hummel, M.: Vertrauter Befund – Höhere Bildung schützt auch in der Krise vor Arbeitslosigkeit. IAB-Kurzbericht Nr. 9, 13.06.2005.

Lag 1975 die Arbeitslosenquote der Personen mit Ausbildung bei 2,6% und die der Personen ohne Ausbildungsabschluß bei 6,1%, so hat sich im Jahr 2004 die Quote mit 6,6% bei den Arbeitslosen

mit Ausbildung zwar mehr als verdoppelt, aber bei Personen ohne Ausbildung mit 21,7% mehr als verdreifacht. Besonders dramatisch ist die Höhe der Absolutzahl der Geringqualifizierten in den neuen Bundesländern (Abbildung 3).

Abbildung 3:  
Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquote Ost- und Westdeutschland 1991-2004



Quelle: Reinberg, A.; Hummel, M., a. a. O., 2005.

Im Osten Deutschlands stieg die Arbeitslosenquote der Personen ohne Ausbildung von 31% im Jahr 1991 auf 51,2% im Jahr 2004. Auch in Westdeutschland wuchs die Arbeitslosenquote der Personen ohne Ausbildung im gleichen Zeitraum, liegt aber mit 21,7% im Jahr 2004 weiterhin deutlich unter der Quote der neuen Bundesländer. Wichtig ist jedoch nicht nur die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit, sondern auch deren Dauer. Der Anteil der Personen ohne Berufsausbildung an den Langzeitarbeitslosen (länger als ein Jahr) ist hoch: Er betrug im Jahr 2005 in Deutschland 38,4%. Der Anteil der Akademiker betrug hingegen nur 4,6%.<sup>18</sup>

Ein Blick auf das Rekrutierungsverhalten der Betriebe zeigt hingegen, daß die Einstellungsraten (immer bezogen auf den gesamten Personalbestand) unter ostdeutschen Betrieben zu jedem betrachteten Zeitpunkt höher als in den alten Bundesländern (Abbildung 4) ist.<sup>19</sup>

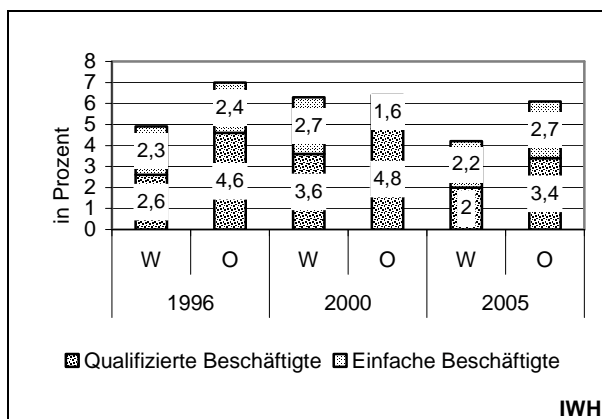
Die Unterschiede erklären sich jedoch vor allem durch das Einstellungsverhalten auf der Ebene der Qualifizierten; unter den Geringqualifizierten sind die Unterschiede in den Raten eher gering.

<sup>18</sup> Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit für das IWH, November 2006.

<sup>19</sup> BELLMANN, L. et al.: Personalbewegungen und Fachkräfterekrutierung. Ergebnisse des IAB-Betriebspanels, Nürnberg, IAB-Forschungsbericht 11/2006, S. 52 ff.

Dies ist zum Teil mit dem Qualifikationsniveau der Beschäftigten in Ostdeutschland nach der Wende zu erklären. Zum damaligen Zeitpunkt gab es faktisch keine Beschäftigten ohne abgeschlossene Berufsausbildung, aber ein Überangebot an qualifizierten Personen. Das hat auch heute noch Auswirkungen auf die betriebliche Rekrutierungspolitik. Wegen des hohen Qualifikationsniveaus der Bevölkerung der ehemaligen DDR wurden nach 1989 häufig auch Einfacherarbeitsplätze mit Fachkräften besetzt. Dadurch verfestigte sich der Eindruck, daß für diese Tätigkeiten auch Fachkräfte benötigt werden.<sup>20</sup>

Abbildung 4:  
Anteil der Einstellungen an den Beschäftigten nach Qualifikation in Ost- und Westdeutschland 1996 bis 2005



Quelle: Bellmann, L. et al., a. a. O., 2006.

Daß sich die Qualifikationsanforderungen im Zeitverlauf verändern, zeigt ein Blick auf die gesamtdeutsche Qualifikationsstruktur der Erwerbsgruppen. So waren in Westdeutschland z. B. 1980 im Arbeiterbereich 41% der Belegschaft ohne Berufsabschluß, 1993 waren es nur noch 31%.<sup>21</sup> Diese Entwicklung setzte sich in den letzten Jahren fort: Der Anteil der geringqualifizierten Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigten in Deutschland sank von 30% im Jahr 1996 auf 22% im Jahr 2005.<sup>22</sup>

Die problematische Situation der Un- und Geringqualifizierten am Arbeitsmarkt verschärfte sich – wie anhand des Datenmaterials gezeigt – im

Zeitverlauf. Zur Erklärung der Ursache für die schlechtere Stellung der Geringqualifizierten am Arbeitsmarkt werden in der ökonomischen Diskussion vorrangig zwei Theorien verwendet: zum einen die Reservationslohntheorie und zum zweiten die Humankapitaltheorie.

### Die Situation in theoretischer Perspektive

Nach der Reservationslohntheorie erklärt sich die hohe Arbeitslosigkeit Un- und Geringqualifizierter aus der Diskrepanz zwischen ihrem Anspruchslohn und dem erzielbaren Marktlohn. Die Humankapitaltheorie geht davon aus, daß Un- und Geringqualifizierte nicht in zusätzliche Bildung investieren, da der erwartete Nutzen für sie geringer ist als die anfallenden Kosten.

Beiden Theorien gemein ist die Annahme nutzenmaximierender Individuen mit rationalen Erwartungen und vollständiger Marktinformation. Die auf dem Arbeitsmarkt herrschenden Informationsasymmetrien und institutionelle Regelungen sind allerdings nicht in diese Theorieansätze einbezogen. Darüber hinaus wird die Nachfrageseite des Arbeitsmarktes nicht betrachtet.

Ein Modell, das diese Punkte aufgreift, ist das sozioökonomische Vacancy-Competition-Modell von Sørensen.<sup>23</sup> Es ist als Erklärungsansatz für die Probleme Un- und Geringqualifizierter am Arbeitsmarkt besonders aussagekräftig und relevant, weil es die Defizite der genannten Erklärungsansätze behebt.

In diesem Modell wird die Nachfrageseite miteinbezogen, indem davon ausgegangen wird, daß Stellen vakant sein müssen, bevor – unabhängig von der Qualifikation – Beschäftigungschancen bestehen. Sørensen integriert die Webersche Unterscheidung von offenen und geschlossenen Positionen in sein Modell und trägt damit einer Segmentierung des Arbeitsmarktes Rechnung.<sup>24</sup> Die geschlossenen Beschäftigungsverhältnisse schützen Arbeitsplatzinhaber gegen Konkurrenz von außen und schließen externe (auch bessere) Bewerber vom Zugang zu diesen Stellen aus. Für vakante Stellen werden anhand der für Arbeitgeber beobachtbaren persönlichen Merkmale der Bewerber

<sup>20</sup> BELLMANN, L. et al., a. a. O., 2006, S. 46.

<sup>21</sup> HENNINGES, H. v.: Steigende Qualifikationsanforderungen im Arbeiterbereich? In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 29. Jg., Nürnberg 1996, S. 75.

<sup>22</sup> BELLMANN, L. et al., a. a. O., 2006; S. 46.

<sup>23</sup> SORENSEN, A. B.: Processes of open and closed positions in social structure, in: Zeitschrift für Soziologie, 12 (2), Bielefeld 1983, S. 203-224.

<sup>24</sup> Ebd., S. 206 ff.

(z. B. formale Qualifikation, aber auch personenbezogene Fähigkeiten) Ranglisten erstellt.

Vor dem Hintergrund dieses Modells läßt sich die Situation der Un- und Geringqualifizierten wie folgt erklären: Der (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt ist für diese Gruppe vorwiegend im Segment der offenen Beschäftigungsverhältnisse möglich. Gekennzeichnet ist diese Art von Stellen durch folgende Punkte: Zum einen sind sie meist durch ein einfaches, sehr eingeschränktes Tätigkeitsspektrum charakterisiert, das kein komplexes Wissen über Arbeitsabläufe von den Beschäftigten verlangt. Dadurch können die Arbeitnehmer leichter ausgewechselt werden, zumal die geringen Einarbeitungskosten bei Einfacharbeitsplätzen in geringen Transaktionskosten bei Neubesetzungen resultieren. Zum anderen kommt hinzu, daß Un- und Geringqualifizierte – eben aufgrund ihrer geringen Qualifikation – in den Bewerberranglisten stets die hinteren Plätze belegen. Besonders in einer Situation des Überangebots an qualifizierten Arbeitskräften kann es dabei zu Verdrängungsmechanismen kommen, da dann auch qualifizierte Arbeitskräfte vermehrt für Einfacharbeitsplätze zur Verfügung stehen. Somit sinken die Jobchancen für Geringqualifizierte auch in diesem Segment des Arbeitsmarktes.<sup>25</sup> Zumindest in Ostdeutschland hat die Verdrängung Un- und Geringqualifizierter durch Höherqualifizierte – wie bereits dargelegt – einen negativen Einfluß auf deren Beschäftigungschancen.

Die Gruppe der Geringqualifizierten ist demzufolge häufiger als Höherqualifizierte einem Marktwettbewerb um offene Beschäftigungsverhältnisse ausgesetzt wie auch eine Beschäftigungskontinuität für sie schwieriger zu realisieren ist. Die Häufigkeit eines direkten Betriebswechsels bei den Un- und Angelernten liegt unter der anderer Qualifikationsebenen. Vielmehr geht mit dem wahrscheinlicheren Ende des Beschäftigungsverhältnisses ein erhöhtes Arbeitslosigkeitsrisiko einher, wie die hohen Anteile der Un- und Geringqualifizierten an den Langzeitarbeitslosen zeigen.<sup>26</sup>

Da die Beschäftigungsverhältnisse oft nur für einen beschränkten Zeitraum bestehen, ist anzunehmen, daß betriebsinterne (Weiter-) Bildung für diese Beschäftigtengruppe seltener stattfindet. Damit werden auch Aufstiegschancen (in geschlossene) sichere Positionen unwahrscheinlicher.

Wechselt man die Perspektive von der Seite der Arbeitnehmer auf der Seite der Unternehmen, stellt sich die Frage, ob in den Unternehmen derart gravierende Prozesse der Umstrukturierung in den Produktions- und Organisationsformen stattfanden, daß für einen gering qualifizierten Bewerber keine Beschäftigungsmöglichkeiten mehr bestehen, oder, ob sich nicht auch (neue) Chancen und Möglichkeiten für Personen ohne Berufsabschluß eröffnen.

### *Qualifikationsprofil versus Berufsprofil*

Bisher war auf dem betriebsinternen Arbeitsmarkt der Beruf – also die zertifizierte Qualifikation – großenteils die hinreichende Ausgangsbedingung für eine betriebliche Karriere. Diese betriebsinternen Strukturen bedingten sich wechselseitig mit denen des dualen Berufsausbildungssystems.

Hinzu kommt jedoch, daß in den letzten Jahren unter dem Eindruck der sich verändernden wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen diese Dominanz der internen Arbeitsmärkte verblaßte.<sup>27</sup> Der Anteil der Beschäftigten, die keine unbefristete Vollzeitstelle haben, lag 2005 bei 34,5%, vor fünf Jahren waren es erst 31,3%.<sup>28</sup> Dadurch, daß Arbeitnehmer immer seltener eine Lebensanstellung haben, verliert die Signalwirkung des Berufsabschlusses an Aussagekraft für mögliche Stellenbesetzungsentscheidungen.

Hinzu kommt, daß in verschiedenen Arbeitsmarktsegmenten bereits heute ein Fachkräftemangel besteht, der Probleme bei der Stellenbesetzung mit sich bringt. In einigen Bereichen des Arbeitsmarktes herrscht also kein Überangebot an qualifizierten Arbeitnehmer, sondern ein Nachfrageüberhang. Diese Situation führt dazu, daß Arbeitgeber

---

deutschland. SFB 580 – Mitteilungen, H. 11, Jena, Halle, S. 39-57; hier insbes. S. 48 f.

<sup>25</sup> SOLGA, H.: Ohne Abschluß in die Bildungsgesellschaft, Opladen 2005, S. 87-93.

<sup>26</sup> GROTHEER, M.; STRUCK, O.; BELLMANN, L.; GEWIESE, T.: Determinanten von Beschäftigungsstabilität; 2004: Chancen und Risiken von ‚Entrants‘ im ost-westdeutschen Vergleich, in: STRUCK, O. (Hrsg.): Beschäftigungsstabilität: Empirische Befunde für West- und Ost-

<sup>27</sup> LUTZ, B.: What follows Internal labour Markets?, in: Köhler, Christoph et al. (eds): Trends in employment stability and labour market segmentation – Current debates and findings in Eastern and Western Europe. SFB 580 – Mitteilungen, H. 16, 2006, Jena, Halle, S. 12-18.

<sup>28</sup> Berechnung der Hans-Böckler-Stiftung, www.boeckler.de, Stand: 16.10.2006.

bei der Stellenbesetzung neben formalen Qualifikationsmerkmalen auch andere Merkmale mit in ihren Entscheidungsprozeß einfließen lassen: Aus zertifizierten Berufsprofilen werden zunehmend berufsäquivalente Qualifikationsprofile. Demnach wäre zu erwarten, daß auch die Bedeutung von Arbeitskräften ohne formalen Berufsabschluß aber mit beruflicher Arbeit bzw. Qualifikation für die Nachfrageseite steigt.

In ihrer 2005er Betriebsbefragung<sup>29</sup> konnten Bellmann et al. für die Qualifikationsebene der Facharbeiter zeigen, daß Betriebe – wenn sie zu Kompromissen bei der Einstellungsentscheidung bereit sind – dieses am ehesten bei der Qualifikation tun und versuchen, die Defizite über höheren Einarbeitungsaufwand bzw. interne Weiterbildung zu kompensieren.<sup>30</sup> Herrscht also eine Situation des Nachfrageüberhangs, so können für Un- und Geringqualifizierten über die Verbesserung ihrer Position in den Bewerberranglisten Beschäftigungschancen entstehen. Erste Belege für diese Entwicklung erbringen verschiedene Studien, die zeigen, daß neben den leicht zu überprüfenden Faktoren, wie Berufserfahrung oder abgeschlossene Berufsausbildung, immer mehr auch soziale, eigenschafts- und persönlichkeitsbezogene Kompetenzen als mitentscheidend in den Auswahlprozessen Bedeutung erlangen.<sup>31</sup>

### Chancen für Un- und Geringqualifizierte

Aus der theoretischen Betrachtung anhand des Vacancy-Competition-Modells und den geschilderten empirischen Beobachtungen kann geschlossen werden, daß vor allem dort, wo Bewerberranglisten kurz sind für Un- und Geringqualifizierte, Beschäftigungschancen entstehen. Ihre Position in diesen Ranglisten ist aber nur dann aussichtsreich, wenn kein Überangebot an Höherqualifizierten sie von dieser verdrängt.

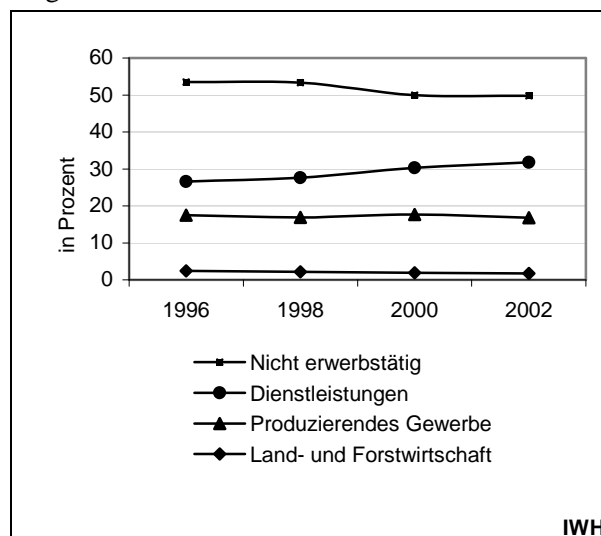
<sup>29</sup> Ergebnisse des IAB-Betriebspanels 2005.

<sup>30</sup> BELLMANN, L. et al., a. a. O., 2006; S. 59 ff.

<sup>31</sup> IAT-Studie, 2005. LEICHT, R. et al.: Umfang, Entwicklung und Potenziale an Einfacherarbeitsplätzen in der Region Rhein-Neckar. Abschlußbericht 1. Eine Untersuchung im Auftrag des EQUAL-Teilprojekts „Beseitigung struktureller Hindernisse bei der Integration besonders Benachteiligter in dauerhafte Einfacherarbeitsplätze“ im Rahmen einer Gesamtstudie und in Kooperation mit der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), gefördert von BMWa und ESF, 2004; S. 145 ff.

Ein abschließender Blick auf die Entwicklung der Anteile Un- und Geringqualifizierter über die Jahre in einzelnen Branchen zeigt, daß – neben dem bereits beschriebenen generell rückläufigen Beschäftigungstrend – ein Zuwachs in der Beschäftigung Un- und Geringqualifizierter in einzelnen Branchen zu verzeichnen ist.

Abbildung 5:  
Anteil An- und Ungelernter sowie Nichterwerbstätiger nach Branchen in den Jahren 1996 bis 2002



Quelle: Mikrozensus; Berechnungen des IWH.

Wie Abbildung 5 zeigt, findet sich dieser Beschäftigungszuwachs im Dienstleistungssektor. In diesem Sektor werden derzeit und aller Wahrscheinlichkeit nach auch zukünftig Personen mit einem relativ geringen Qualifikationsniveau Beschäftigungschancen haben. Die Gleichung „Einfache Dienstleistungstätigkeit = niedrige Qualifikationsanforderungen = Chancen für Geringqualifizierte“ greift zwar zu kurz<sup>32</sup>, denn selbst wenn das Bildungsniveau der Bewerber nur gering ist, wählen Arbeitgeber die Arbeitnehmer nach bestimmten Merkmalen, den soft skills, aus. Mit einer Öffnung des Anforderungsprofils – also weg von der ausschließlichen Orientierung am Berufsprinzip – ist der Möglichkeitsspielraum über die Einrichtung von Einfacherarbeitsplätzen im unteren Qualifikationssegment dennoch erweitert worden.

<sup>32</sup> IAT-Studie: Stellenbesetzungsprozesse im Bereich ‚einfacher‘ Dienstleistungen. Abschlußbericht einer Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit und des Instituts für Arbeit und Technik Gelsenkirchen, Dokumentation 550, Berlin 2005.



## Fazit

Wie gezeigt, ist die Erwerbsbeteiligung der Un- und Geringqualifizierten relativ gering, und ihre Chancen in Beschäftigung zu gelangen, verringerten sich tendenziell in den letzten Jahren.

Dies kann mit dem erläuterten theoretischen Ansatz des Wettkampfes um offene Positionen (Beschäftigungsverhältnisse) erklärt werden: Geringqualifizierte sehen sich einem zunehmend härteren Wettbewerb um Positionen ausgesetzt, die aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklungen und Veränderungen in der Produktions- und Organisationsstruktur in ihrer Gesamtzahl abnehmen. Hinzu kommt, daß die besser qualifizierten „Verlierer“ im Vakanzwettbewerb in Konkurrenz um diese offenen Stellen eintreten.

Es sind aber auch Chancen zu erkennen. Neben den öffentlich bereits viel diskutierten Modellen und Maßnahmen der Lohnsubvention läßt sich eine Entwicklung beim betrieblichen Einstellungsverhalten feststellen. Die Arbeitgeber ziehen immer häufiger nicht mehr nur das formale Berufsprofil, sondern das gesamte Qualifikationsprofil sowie persönlichkeitsbezogene Merkmale in ihren Entscheidungsprozeß mit ein.

Die Chancen könnten weiter steigen, wenn Betriebe aufgrund des Fachkräftemangels zu Konzessionen bei bestimmten Anforderungen an die Qualifikation bzw. zu einer Kompensationsstrategie mittels verstärkter Einarbeitung oder interner Weiterbildung bereit sind. Jedoch zeigt die immer noch hohe Arbeitslosigkeit unter den Un- und Geringqua-

lifizierten, daß die aufgezeigten Chancen eine breite Qualifizierungsoffensive nicht ersetzen können.

Formale Qualifikationsmerkmale werden auch in Zukunft primäres Auswahlkriterium bleiben und sowohl die Positionierung der Bewerber in den Ranglisten als auch das Rekrutierungsverhalten der Arbeitgeber entscheidend beeinflussen. Vor diesem Hintergrund sollte im wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Diskurs weiterhin die Erhöhung der Bildungsraten vorrangiges Ziel bleiben, sei es durch Förderung im Vorschulalter, Schulbildung, Erstausbildung oder beruflicher Weiterbildung. Auch bedarf es einer fortgesetzten, breiten Debatte zu Modellen, die eine Eingliederung Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt erleichtert.

Letztendlich ist eine gute Positionierung in den Bewerberranglisten und damit am Arbeitsmarkt aus qualifikatorischer Sicht vor allem durch drei Faktoren zu erreichen: Erstens ist dies eine möglichst hohe formale Bildung; zweitens – im Falle der Un- und Geringqualifizierten – sind es Maßnahmen, die Berufserfahrung ermöglichen und Beschäftigungsfähigkeit erhöhen und drittens Investitionen in die Vermittlung von sozialen Fähigkeiten.

*Andrea Gauselmann  
(Andrea.Gauselmann@iwh-halle.de)  
Ingo Wiekert\*  
Susanne Winge\**

*\* Ingo Wiekert und Susanne Winge sind wissenschaftliche Mitarbeiter am Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH)*

## Ein Benchmark-Ansatz zur Analyse der öffentlichen Finanzen in Sachsen-Anhalt

Das IWH hat zusammen mit Prof. Dr. Helmut Seitz (TU Dresden) eine Analyse der fiskalischen Bedingungen in Sachsen-Anhalt auf der Landes- sowie der Gemeindeebene vorgelegt.<sup>33</sup> Hintergrund der Analyse ist die bereits heute angespannte Haushaltslage im Land, die sich ohne sofortiges Umsteuern künftig noch verschärfen wird.

<sup>33</sup> Vgl. RAGNITZ, J.; SEITZ, H.: Gutachten zur Ermittlung haushaltsrelevanter Kennziffern im Auftrag des Ministeriums der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt. Halle, Dezember 2006. Die Langfassung des Gutachtens ist als IWH-Pressemitteilung 42/2006 erschienen.

Die wesentlichen Herausforderungen der nächsten Jahren bestehen dabei im Abbau der gegenwärtig bereits bestehenden Ausgabenüberhänge gegenüber den finanzschwachen Flächenländern Westdeutschlands (die den langfristigen „Benchmark“ darstellen) und in der Anpassung der Ausgaben an die rückläufigen Einnahmen infolge der Abschmelzung der Osttransferleistungen und der zu erwartenden Einnahmeausfälle aufgrund des demographischen Wandels. Hierbei drängt die Zeit zum Handeln, da das Land inzwischen nach dem Saarland die höchste Pro-Kopf-Verschuldung hat und

damit ein immer größerer Teil der Einnahmen zur Begleichung von Zinsverpflichtungen aufgewandt werden muß. Das Land benötigt daher einen drastischen finanzpolitischen Kurswechsel.

Im Hinblick auf die Einnahmenausstattung des Landes Sachsen-Anhalt ist festzustellen, daß das Land und seine Gemeinden gegenwärtig über deutlich höhere (Pro-Kopf-)Einnahmen verfügen als die finanzschwachen Westflächenländer. Diese zusätzlich zur Verfügung stehenden Einnahmen werden (außer zur Finanzierung notwendiger Infrastrukturinvestitionen zur Verbesserung der Wachstumsbedingungen im Land) auch zur Finanzierung überdurchschnittlich hoher laufender Ausgaben verwendet. So sind auf der Landesebene Ausgabenüberhänge gegenüber den Vergleichsländern insbesondere bei den Ausgaben für aktives Personal, bei den Zuweisungen an die Kommunen sowie den Zahlungen an den Unternehmenssektor zu verzeichnen. Minderausgaben weist Sachsen-Anhalt hingegen bei den Sozialausgaben und bei den Versorgungsleistungen auf; letztere werden aber in den nächsten Jahren stark zunehmen.

Differenziert man die Ausgaben nach Aufgabenbereichen und berücksichtigt dabei spezifische Bedarfsfaktoren, die sich zum Beispiel aus der Zahl der Schüler (Schulbereich) oder der Kriminalitätsrate (Polizei und Justiz) ergeben, ergibt sich auf der Landesebene allein in den politisch steuerbaren Bereichen ein Ausgabenüberhang von ca. 730 Mio. Euro in der laufenden Rechnung. Einsparpotentiale sind im Bereich der Schulen (mit ca. 360 Mio. Euro), in der Ministerialbürokratie (mit ca. 100 Mio. Euro), im Kita-Bereich (ca. 65 Mio. Euro), im Kulturbereich (ca. 55 Mio. Euro) sowie im Bereich der Polizei (ca. 40 Mio. Euro) feststellbar. Weitere ca. 1 Mrd. Euro an Mehrausgaben fallen in Bereichen an, die politisch nicht oder nur in der langen Frist zu beeinflussen sind (insbesondere Zinsen und Zuweisungen an die Kommunen). In einigen wenigen Aufgabenbereichen fallen auch Minderausgaben gegenüber den finanzschwachen Flächenländern Westdeutschlands an, die sich aber auf einen Betrag von weniger als 450 Mio. Euro belaufen. Alles in allem beträgt der Ausgabenüberhang in der laufenden Rechnung auf der Landesebene damit 1 300 Mio. Euro (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1:  
Mehrausgaben in Sachsen-Anhalt auf der Landesebene in der laufenden Rechnung (tarifbereinigt) unter Berücksichtigung der laufenden Zuweisungen und Zuschüsse vom Bund und der EU im Jahr 2004  
- im Vergleich zum Durchschnitt der finanzschwachen Flächenländer (West) unter Berücksichtigung von „Bedarfsfaktoren“ -

	in Mio. Euro
<b>Bereiche mit Mehrausgaben, die grundsätzlich politisch steuerbar sind,</b>	<b>~730</b>
darunter:	
• Ministerialbürokratie (unter Beachtung der PolBEZ)	~100
• Polizeibereich (unter Beachtung der Mehrbedarfe infolge eines erhöhten Verkehrsunfallaufkommens sowie einer höheren Straftatenbelastung)	~40
• Rechtsschutz (aufgrund von Mehrbedarfen im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie der Justizvollzugsanstalten)	~0
• Schulen (Berücksichtigung der Schülerzahlen)	~360
• Kultur (Einrichtungen und Fördermaßnahmen)	~55
• Kita-Bereich insgesamt	~65
• Krankenhäuser	~25
• Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Mehrausgaben sind weitgehend begründbar)	~0
• Umwelt- und Naturschutz	~25
• andere Bereiche mit Mehrausgaben <sup>a</sup>	~55
• Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	nicht zu beziffern
• Hochschulen (unter Beachtung der Zahl der Studierenden sowie der monetären Hochschulfinanzstatistik)	~ 0
<b>Politisch kaum steuerbare Bereiche mit Mehrausgaben,</b>	<b>~1 000</b>
darunter:	
• Zinsausgaben	130
• Zuweisungen an den kommunalen Bereich	870
<b>Politisch steuerbare Bereiche mit Minderausgaben<sup>b</sup></b>	<b>~-90</b>
<b>Politisch kaum steuerbare Bereiche mit Minderausgaben, darunter:</b>	<b>~-340</b>
• Versorgung (netto AAÜG)	~-230
• Beihilfen	~-80
• andere Bereiche <sup>c</sup>	~-30
<b>Ausgabenüberhang insgesamt nach Verrechnung der empfangenen laufenden Zweckzuweisungen</b>	<b>~1 300</b>

<sup>a</sup> Hochschulkliniken (~ 13 Mio. Euro), Finanzverwaltung (~7 Mio. Euro), Hilfe zur Berufsausbildung und Anpassungsmaßnahmen (~ 14 Mio. Euro), Raumordnung (~ 18 Mio. Euro). – <sup>b</sup> Sonstiges Bildungswesen (~ -35 Mio. Euro), Sozialverwaltung (~ -25 Mio. Euro), Straßenverwaltung (~ -23 Mio. Euro), Arbeitsschutz (~ -6 Mio. Euro). – <sup>c</sup> Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen (~ -5 Mio. Euro), Sozialleistungen (~ -20 Mio. Euro), Jugendhilfe (~ -5 Mio. Euro).

Quelle: Berechnet aus Angaben der Jahresrechnungsstatistik.

Tabelle 2:

Personalüberhang in Vollzeitäquivalenten auf der Landesebene nach der Personalstandstatistik des Jahres 2005

	Sachsen-Anhalt im Vergleich	
	zu FFW	zu FO-4
1. Verwaltung (ohne Hochbau auf der Landesebene)	~ 1 400	~ 3 050
2. öffentliche Sicherheit und Ordnung	~ 2 950	~ 1 400
3. Justiz	~ 300	-
4. Schule	~ 1 700	~ - 250
<i>Nachrichtlich:</i>		
<i>Schulen unter Verwendung von Schülerzahlen</i>	~ 6 900	<i>nicht berechnet</i>
7. andere Bildungsbereiche	~ 0	~ -100
8. Kultur	~ -50	~ 2 000
9. Soziales (ohne Kitas)	~ 350	~ - 300
10. Gesundheit/Freizeit (ohne Krankenhäuser)	~ - 100	~ 500
12. Umwelt	~ 650	~ 450
13. Wohnen, Stadtplanung/Vermessung	~ 550	~ 600
14. Forsten, Landwirtschaft	~ 350	~ -50
15. Verkehr	~ 50	~ -350
<b>insgesamt (vergleichbare Bereiche)</b>	<b>~ 8 050</b>	<b>~ 6 900</b>
<i>Nachrichtlich:</i>		
<i>bei Verwendung der Schülerzahlen im Schulbereich</i>	~ 13 300	<i>nicht berechnet</i>
<i>Nachrichtlich: nicht vergleichbare Bereiche</i>		
5. Uni/FH (ohne Hochschulkliniken)	~ -1 700	-
6. Hochschulkliniken	~ 2 600	-
11. Krankenhäuser	~ -1 200	~ 6 300
Kita's	-	~ 3 150
kommunale Gemeinschaftsdienste	-	~ -350
wirtschaftl. Unternehmen (ohne Verkehr auf der Landesebene)	~ 650	~ -300

Quelle: Berechnet aus Daten der Personalstandstatistik des Statistischen Bundesamtes.

Auch die sachsen-anhaltinischen Kommunen weisen Ausgabenüberhänge gegenüber den westdeutschen Vergleichsländern in nahezu allen Aufgabenbereichen auf. Diese lassen sich auf rund 170 Mio. Euro beziffern. Da diese Mehrausgaben zu einem erheblichen Teil durch Zuweisungen des Landes gedeckt werden müssen, impliziert dies, daß die Gemeinden in erheblichem Umfang zur finanzpolitischen Schieflage des Landes insgesamt beitragen. Alles in allem belaufen sich die Mehrausgaben in der laufenden Rechnung (nach Verrechnung mit den Minderausgaben) auf der konsolidierten Landes- und Gemeindeebene derzeit (Jahr 2004) auf ca. 1 Mrd. Euro.

Die genannten Zahlen beziffern aber lediglich den aktuellen Konsolidierungsbedarf. Betrachtet man die Entwicklung in den nächsten Jahren, so sind einnahmenseitig die Verluste aus dem Abbau der Osttransferleistungen sowie des Bevölkerungsrückgangs zu beachten. Darüber hinaus muß das Land bis zum Ende dieser Dekade das Haushaltsdefizit vollständig abbauen. Diese Faktoren bedingen einen zusätzlichen Konsolidierungsbedarf.

Tatsächlich wird das Land bis zum Jahre 2020 rund 2,5 Mrd. Euro an Transferzahlungen des Bundes und der EU verlieren. Dies wird allerdings zum Teil ausgeglichen durch ein steigendes (gesamtdeutsches) Steueraufkommen, von dem Sachsen-Anhalt aufgrund der Ausgleichsmechanismen des Länderfinanzausgleichs profitieren kann. Unter Annahme einer gesamtdeutschen Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von 2,2% im Durchschnitt der nächsten zwanzig Jahre werden die nominalen Einnahmen des Landes im Jahr 2020 in etwa 750 Mio. Euro unter dem Niveau des Jahres 2005 liegen und in den Jahren bis 2025 wieder bis auf das Niveau des Jahres 2005 ansteigen. Selbst bei einer Wachstumsrate von 3% wird im Jahr 2020 das Land lediglich ein Einnahmenniveau erreichen, das dem des Jahres 2005 entspricht. Hierbei wurden bereits die bis zum Jahr 2010 in den aktuellen Steuerschätzungen erwarteten Steuermehreinnahmen berücksichtigt. Die Pro-Kopf-Einnahmen von Land und Gemeinden zusammengenommen werden damit von gegenwärtig ca. 126% des West-Vergleichswertes bis zum Jahr

2020 auf ca. 96% zurückgehen. Dies impliziert, daß sich das Land insgesamt langfristig weniger leisten kann als die finanzschwachen Westflächenländern. Zudem müssen sich Landes- und Gemeindeebene diese Finanzschwäche in irgendeiner Form „teilen“.

Hieraus folgt, daß die laufenden Primärausgaben (Ausgaben ohne Zinszahlungen) auf der Landesebene bis zum Jahr 2010 um ca. 8,5% (oder 1 Mrd. Euro) reduziert werden müssen. In den Jahren von 2010 bis 2020 müssen die Primärausgaben um weitere 15,8% abgebaut werden. In welchen Aufgabenbereichen diese Kürzungen erfolgen, muß von politischer Seite entschieden werden; wenn bestimmte Bereiche von Ausgabenkürzungen ausgenommen werden sollen, impliziert dies aber um so größere Einsparungen an anderer Stelle.

Eine zentrale Steuerungsvariable für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sind die Personalbestände. Unter Berücksichtigung von Vergleichbarkeitsproblemen zwischen den einzelnen Ländern wurde für das Jahr 2005 auf der Landesebene ein Personalüberhang von ca. 18,5% und auf der Gemeindeebene ein Überhang von ca. 32% ermittelt. Hochgerechnet auf die Einwohnerzahl des Landes entspricht dies einem Personalüberhang von fast 8 100 Vollzeitäquivalenten auf der Landesebene bzw. 6 900 Vollzeitäquivalenten auf der Gemeindeebene. Auf der Landesebene betrifft dies insbesondere die Bereiche der zentralen Verwaltung, der öffentlichen Sicherheit (Polizei) sowie den Schulbereich (vgl. Tabelle 2). Auf der Gemeindeebene sind insbesondere drei Bereiche mit erheblichen Personalmehrausstattungen auffällig, nämlich der Kulturbereich mit ca. 2 000 Vollzeitäquivalenten, der Bereich der Gemeindeverwaltungen mit ca. 3 000 Vollzeitäquivalenten und der Bereich der öffentlichen Ordnung mit ca. 1 400 Vollzeitäquivalenten. Dies ist weitgehend kompatibel mit den berechneten Ausgabenüberhängen auf der Landes- und der Gemeindeebene.

Insgesamt muß das Land, ausgehend von einem Personalbestand von ca. 51 400 Vollzeitäquivalenten, bis zum Jahr 2012 das Personal bis auf ca. 40 000 und bis zum Jahr 2025 sogar auf ca. 35 200 Vollzeitäquivalente reduzieren. Auf der Gemeindeebene muß der Personalbesatz von gegenwärtig ca. 28 400 auf 20 300 bzw. 18 400 Vollzeitäquivalente im Jahr 2012 bzw. 2025 zurückgeführt werden.

Als Fazit läßt sich feststellen, daß sich Sachsen-Anhalt – und zwar sowohl das Land als auch seine

Kommunen – gegenwärtig in nahezu allen Bereichen der öffentlichen Güterversorgung ambitionierte Standards leistet, wobei deren Finanzierung nur infolge einer erhöhten Kreditaufnahme sowie der Fehlverwendung von Solidarpaktmitteln ermöglicht wird. Dieses Verhalten steht nicht im Einklang mit dem Nachhaltigkeitsgebot und muß im Interesse der Sicherung der Handlungsfähigkeit und der Versorgung zukünftiger Generationen im Land drastisch verändert werden. Unzweifelhaft schwierig, aber unabdingbar ist dabei ein erheblicher Personalabbau; anderenfalls ist der Konsolidierungsprozeß nicht umzusetzen. Die Aufgabe des Landes besteht jedoch nicht in der Beschäftigung einer möglichst großen Zahl von Landesbediensteten, sondern in der Versorgung der 2,5 Mio. Einwohner des Landes.

Die Reduzierung von Personalbeständen kann in erheblichem Umfang durch altersbedingte Abgänge realisiert werden. Erforderlich ist es zudem, den Personalabbau durch ein leistungsanzreizfreundliches Personalmanagement zu begleiten, damit trotz des erforderlichen Personalabbaus auch in Zukunft Leistungsträger gehalten und auch angeworben werden können.

Wichtig ist dabei der Hinweis, daß alle finanzpolitischen Probleme des Landes tatsächlich lösbar sind, daß aber die Lösung der Probleme mit fortschreitender Zeit zunehmend schwieriger wird. Bei allen Entscheidungen über den Abbau der erheblichen Ausgaben- und Personalüberhänge kann weder auf den üblichen Ressortegoismus noch auf politische Empfindsamkeiten oder Proteste von Interessengruppen Rücksicht genommen werden, da anderenfalls die Existenz des Landes gefährdet wäre. Erforderlich ist es daher, daß es zu einer drastischen Veränderung im Budgetprozeß kommt. Der Finanzminister muß über einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren die Primärausgabenvorgaben erstellen, an die sich alle Ressorts anzupassen haben. Dies impliziert, daß der Haushaltsaufstellungsprozeß *top-down* und nicht *bottom-up* erfolgen muß.

Joachim Ragnitz  
([Joachim.Ragnitz@iwh-halle.de](mailto:Joachim.Ragnitz@iwh-halle.de))  
Helmut Seitz\*

---

\* Helmut Seitz ist Professor für Finanzwissenschaften an der TU Dresden.

## Ostdeutsches Baugewerbe im Dezember 2006: Hochstimmung zum Jahresende

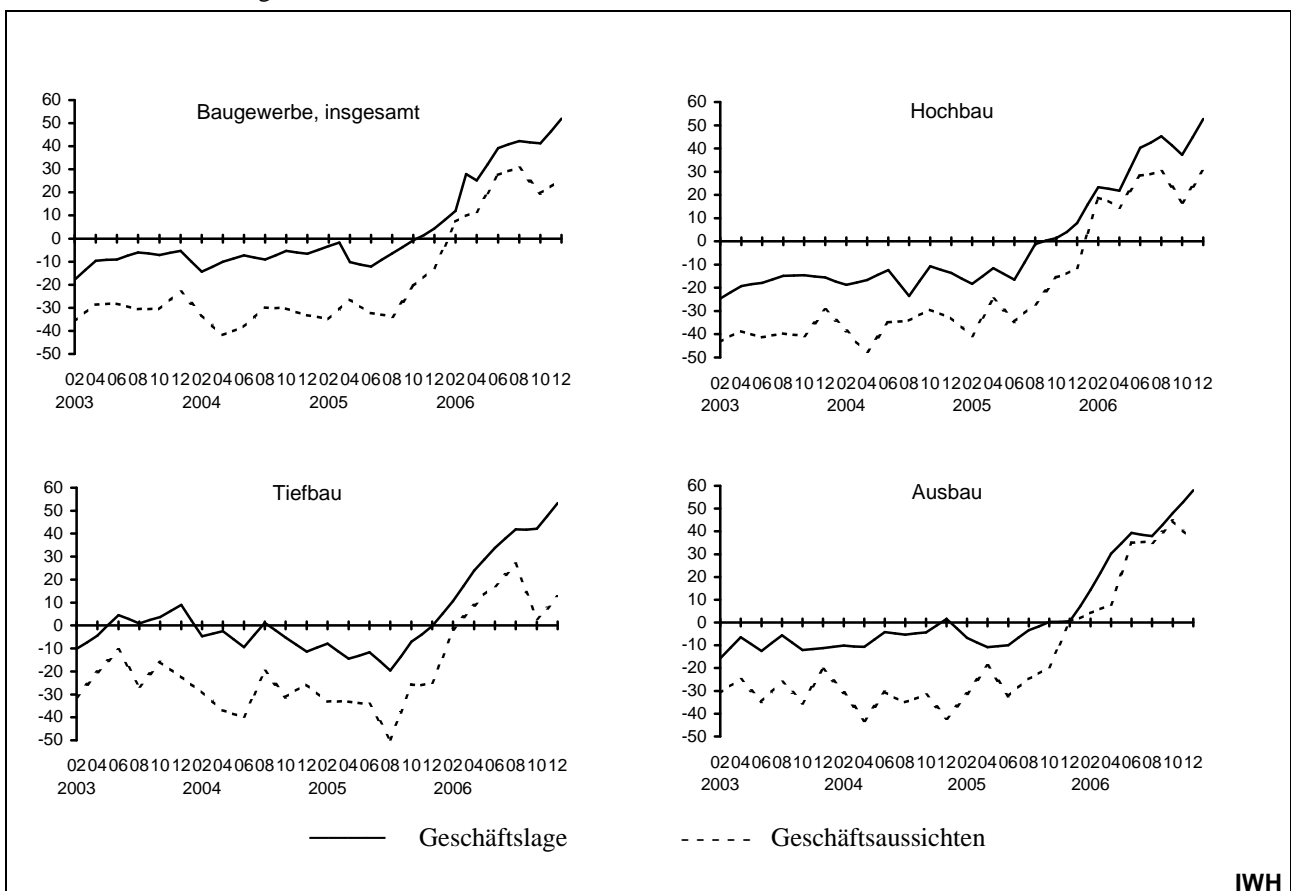
Laut Umfrage des IWH unter 300 ostdeutschen Unternehmen hellte sich das Geschäftsklima im Baugewerbe zum Jahresende 2006 nochmals spürbar auf. Mit 34% guter und 46% eher guter Meldungen wird die Geschäftslage von den Unternehmen dominant positiv eingeschätzt und erreicht damit den höchsten Wert seit 12 Jahren. In der Beurteilung der Geschäftsaussichten bis zum Frühsommer bleiben die Unternehmen dagegen eher vorsichtig: Die positiven und negativen Stimmen halten sich – wie bereits im Oktober 2006 – in etwa die Waage. Gegenüber dem Vorjahr ist dies aber eine Verbesserung (vgl. Tabelle).

Die Geschäftsbelegung zum Jahresausklang zeigt sich auch bei Ausschluß der Saisoneinflüsse

(vgl. Abbildung). Nach der Delle im Herbst vollzieht vor allem der Indikator für die Geschäftslage nochmals einen deutlichen Aufwärtsschub. Die Erwartungen fallen dagegen nur mäßig besser aus.

Im Hochbau stellt sich die Geschäftssituation nach der Schwäche im Oktober wieder deutlich besser dar. Viele private Bauherren werden zur Mitnahme der noch bis Ende 2006 geltenden niedrigeren Mehrwertsteuersätze darauf gedrängt haben, die in Auftrag gegebenen Maßnahmen im Wohnungsneubau in diesem Zeitraum zügig abzuwickeln. Dies dürfte auch für die Modernisierungsaktivitäten im Wohnungsbestand gelten, die den Ausbaubetrieben seit Sommer eine kontinuierliche Geschäftsbelegung bescherten.

Entwicklung der Geschäftslage und Geschäftsaussichten im ostdeutschen Baugewerbe - Salden<sup>a</sup>, saisonbereinigte Monatswerte -



<sup>a</sup> Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe „Periodische Informationen/Aktuelle Konjunkturdaten“ unter [www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de).

Quelle: IWH-Baumumfragen.

Die Aussichten bis zum Frühsommer werden allerdings zwischen dem Hochbau und dem Ausbau unterschiedlich bewertet. So haben die vorwiegend im Hochbau tätigen Unternehmen ihre Erwartungen etwas heraufgesetzt – der Indikator löst sich aus dem Herbsttief und erreicht erneut das hohe Niveau vom Frühjahr. Die Ausbauunternehmen blicken dagegen etwas skeptischer in die Zukunft. Tatsächlich werden in den nächsten Monaten die in das Jahr 2006 vorgezogenen Wohnungsbaumaßnahmen fehlen. Das zeigt sich auch an den Auftragseingängen im Bauhauptgewerbe, die hier zuletzt deutlich nachgelassen haben. Dagegen ist es insbesondere im gewerblichen, zum Teil aber auch im öffentlichen Hochbau wieder vermehrt zu Anregungen gekommen. Die Großaufträge an den Flughäfen in Berlin-Schönefeld und

Leipzig-Halle dürften hier einen Beitrag geleistet haben.

Im *Tiefbau* hat sich unter Ausschluß der Saisoneinflüsse die Geschäftsentwicklung zum Jahresende wieder gefangen. Der Indikator für das aktuelle Baugeschäft vollzieht nach vorangegangener Stagnation erneut eine Aufwärtsbewegung, die Aussichten für die nächsten Monate werden nach dem Einbruch im Oktober wieder etwas besser bewertet. Die Unternehmen bleiben aber hinsichtlich der künftigen Baugeschäfte alles in allem eher vorsichtig. Der Saldo liegt deutlich unter dem Jahreshoch und etwa auf dem Niveau von Anfang des Jahres.

Brigitte.Loose@iwh-halle.de

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe im Dezember 2006  
- Ursprungswerte im Vergleich mit Vorjahreszeitraum und Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Dez.	Okt.	Dez.	Dez.	Okt.	Dez.	Dez.	Okt.	Dez.	Dez.	Okt.	Dez.	Dez.	Okt.	Dez.
	05	06	06	05	06	06	05	06	06	05	06	06	05	06	06
- in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe <sup>a</sup> -															
<b>Geschäftslage</b>															
<b>Baugewerbe insgesamt</b>	<b>16</b>	<b>31</b>	<b>34</b>	<b>41</b>	<b>46</b>	<b>46</b>	<b>36</b>	<b>20</b>	<b>16</b>	<b>8</b>	<b>3</b>	<b>5</b>	<b>12</b>	<b>53</b>	<b>59</b>
<b>Zweige/Sparten</b>															
Bauhauptgewerbe	13	28	29	44	48	50	35	22	17	8	2	4	14	52	57
darunter <sup>b</sup>															
Hochbau	17	33	35	39	41	44	36	24	18	8	2	4	12	48	57
Tiefbau	6	20	22	49	57	60	37	20	15	8	3	4	11	54	64
Ausbaugewerbe	23	37	48	32	41	35	38	15	12	7	7	6	10	56	65
<b>Größengruppen</b>															
1 bis 19 Beschäftigte	16	39	42	36	40	40	40	19	11	9	3	7	3	57	64
20 bis 99 Beschäftigte	18	30	29	40	46	48	34	20	18	8	4	5	15	53	54
100 und mehr Beschäftigte	10	20	31	50	54	51	37	23	17	3	3	0	20	49	66
<b>Geschäftsaussichten</b>															
<b>Baugewerbe insgesamt</b>	<b>5</b>	<b>14</b>	<b>16</b>	<b>27</b>	<b>35</b>	<b>33</b>	<b>52</b>	<b>43</b>	<b>43</b>	<b>16</b>	<b>9</b>	<b>8</b>	<b>-37</b>	<b>-2</b>	<b>-2</b>
<b>Zweige/Sparten</b>															
Bauhauptgewerbe	4	12	12	25	32	34	55	48	46	17	9	8	-43	-13	-8
darunter <sup>b</sup>															
Hochbau	5	11	14	26	33	37	52	47	44	17	8	5	-38	-11	2
Tiefbau	3	10	10	21	30	30	58	50	52	18	10	9	-53	-20	-20
Ausbaugewerbe	9	20	30	32	47	28	46	26	34	13	7	8	-18	33	16
<b>Größengruppen</b>															
1 bis 19 Beschäftigte	6	18	18	24	35	27	51	41	46	20	6	10	-41	6	-11
20 bis 99 Beschäftigte	5	13	15	27	31	33	53	43	45	15	12	8	-37	-11	-6
100 und mehr Beschäftigte	3	9	17	30	46	43	53	43	34	13	3	6	-33	9	20

<sup>a</sup> Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet. – <sup>b</sup> Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Baumfragen.

## Veranstaltungen:

### *Vorankündigungen:*

#### ***Konferenz „Regulatorische Risiken – das Ergebnis staatlicher Anmaßung oder ökonomisch notwendiger Intervention?“***

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) veranstaltet gemeinsam mit der Handelshochschule Leipzig (HHL) am 9. und 10. März 2007 die Konferenz „Regulatorische Risiken – das Ergebnis staatlicher Anmaßung oder ökonomisch notwendiger Intervention?“ Das Ziel der Konferenz ist es, zu dem im Titel beschriebenen Themenfeld ausgewiesene Experten aus Theorie und Praxis zusammenzuführen.

#### ***Tagung „Aufbau Ost - Unerfüllbarer Traum oder realistische Chance?“***

Am 16. und 17. März 2007 veranstaltet das IWH gemeinsam mit der Akademie für Politische Bildung in Tutzing eine Tagung zum Thema „Aufbau Ost – Unerfüllbarer Traum oder realistische Chance?“. Die Veranstaltung soll dazu beitragen, ein der interessierten Fachöffentlichkeit ein Diskussionsforum zu bieten. Das vorläufige Programm ist unter <http://www.iwh-halle.de/d/start/News/workshop160307/program.htm> erhältlich; Anmeldungen sind möglich bei der Akademie für politische Bildung (<http://www.apb-tutzing.de/>).

Für weitere Informationen zu den Veranstaltungen siehe [www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de) (Termine).

### *Durchgeführte Veranstaltungen*

#### ***Tagung „Halle Forum on Urban Economic Growth“***

Das IWH veranstaltete unter Federführung der Abteilung Stadtökonomik am 23. November 2006 einen international besetzten Workshop mit dem Oberthema Determinanten des städtischen Wirtschaftswachstums und relevante Entwicklungen in urbanen Räumen. Die vorgestellten wissenschaftlichen Beiträge behandelten die Themenbereiche Wissensspillovers und Agglomerationsvorteile, innerstädtische Wohnortwahl und Stadtstruktur, Größenvorteile in der kommunalen Wasserversorgung, informelle Ökonomie und Bereitstellung öffentlicher Räume sowie die Frage der Ausrichtung der Regionalpolitik in den neuen EU-Mitgliedsländern auf die Förderung von Agglomerationsräumen. Abgerundet wurde die Tagung durch einen Vortrag zur derzeitigen Praxis der Stadtentwicklungspolitik in Sachsen-Anhalt.

#### ***7. Workshop „Makroökometrie“***

Am 7. und 8. Dezember 2006 fand am Institut für Wirtschaftsforschung Halle der 7. Makroökometrische Workshop statt. Der Workshop wurde gegenüber den Vorjahren durch die Gewinnung international renommierter Keynote Speaker aufgewertet. Die Sitzungen zu den Themen „Forecasting Evaluation in Macroeconometrics“, „Structural Models and Forecasting“ und „Structural Models and New Philipps Curves“ sowie eine abschließende Diskussionsrunde der Keynote Speaker zu der Frage „Is Macroeconometrics Back?“ zeigten aktuelle Entwicklungen der makroökometrischen Forschung und deren Bedeutung vor dem Hintergrund der Verbreitung von Gleichgewichtsmodellen auf.